

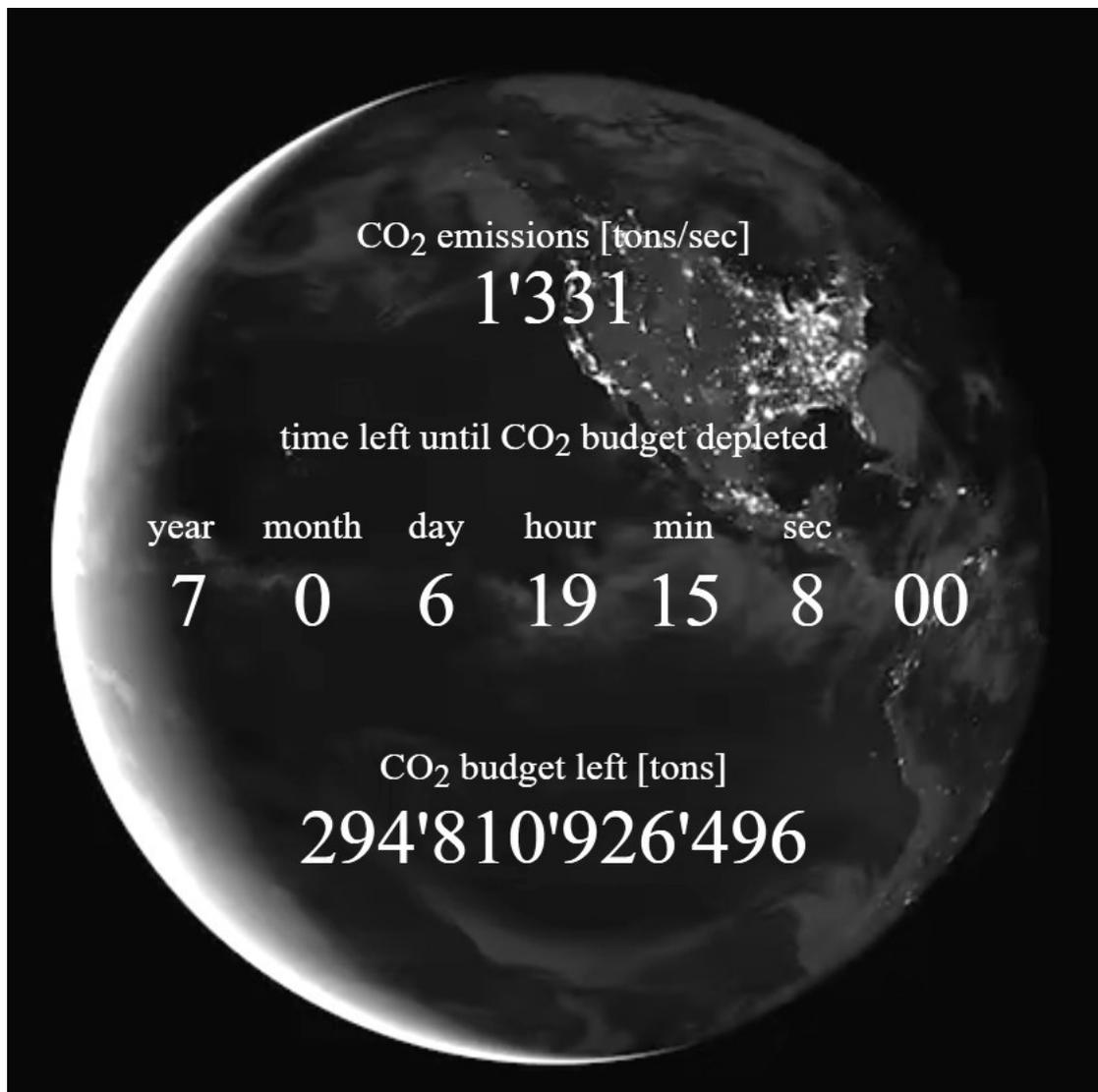
gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 103

Febr./März 2021



Der Countdown läuft

INHALT

Atommüll-Endlager-Teilgebiet Wolthausen-Meißendorf	
Kreis steckt den Kopf in den Sand	3
Jochen Stay zum Endlager-Zwischenbericht	
Das große Nebelwerfen	4
Interview mit dem Frauenhaus	
Corona und Gewalt	7
Eine Betrachtung von Nigges Neujahrsbilanz	
Was schadet's, wenn es innen hohl	11
Geschäftsführung und Aufsichtsrat kennen kein Pardon	
Sanierung auf Kosten der Beschäftigten	12
Offener Brief von AKH-Beschäftigten	13
Meldungen	14
Laternengespräche: Mal alles dichtmachen?	16
Food-Saving – Fair-Teiler auf dem Großen Plan	18
Wo bleibt das Lieferkettengesetz?	19
Neue Stolpersteine in Celle	20
Adolf-Reichwein-Hochschule Celle (Hans-Hagen Nolte)	
Von Kräften, die am Werke blieben	22
Johanns Bruder (Stephan Lohse)	
Trauma und Zeugenschaft	23
Interview zu Sozio-Kultur in Zeiten der Pandemie	
25 Jahre Buntes Haus	24
Filmtip – „Ich bin Greta ...“	27
Starke-Ottich: Mein Weg aus der Plastikfalle	29
Friedensbewegung /Keine neuen Atomraketen	30
Diverses	34
Online-Vorträge	35



Hallo werte Leser*innenschaft,

die CO₂-Uhr des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) veranschaulicht, wieviel CO₂ in die Atmosphäre abgegeben werden darf, um die globale Erwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen.

Der Sonderbericht des Weltklimarats (IPCC) vom Oktober 2018 hat deutlich gemacht, dass gerechnet ab Ende 2017 noch knapp 420 Gigatonnen (Gt) CO₂ in die Atmosphäre abgegeben werden, um das 1,5-Grad-Ziel nicht zu verfehlen. Da die Welt jedoch jedes Jahr circa 42 Gt an CO₂ ausstößt – rechnerisch entspricht dies 1332 Tonnen pro Sekunde – dürfte dieses Budget in gut sieben Jahren aufgebraucht sein. Der Screenshot, den wir auf unserem Titelbild platziert haben, ist der Stand nach wenigen Sekunden im neuen Jahr. Den aktuellen Stand findet ihr hier

www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html

Das Corona-Jahr hat in gewisser Weise deutlich gemacht, was zu tun ist: Entschleunigen ... und zwar radikal.

Oder – um es mit Greta zu sagen: care – be aware – share.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG->Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Unterwegs, Morlock

Kreis steckt den Kopf in den Sand

Nur gut 100 Interessierte hat bisher die bei youtube eingestellte Online-Sprechstunde zum Teilgebiet 045 gefunden, also dem im Raum Wolthausen/Meißendorf gelegenen möglichen Standort für ein Atommüll-Endlager. Woran dies liegen mag, zeigt Jochen Stay in seinem Artikel „Das große Nebelwerfen“ auf der nächsten Seite auf. Hier wollen wir uns kurz mit der „Sprechstunde“ und der kommunalpolitischen Resonanz befassen.

Die geo-wissenschaftliche Bewertung des Salzstocks „Wolthausen-Meißendorf“ hat einen Knackpunkt. Darauf haben wir in unserer letzten Ausgabe hingewiesen und dies als Frage für die „Sprechstunde“ formuliert:

In der „zusammenfassenden Bewertung“ des Zwischenberichts ist zu lesen: „Alle Indikatoren des „Kriteriums zur Bewertung des Schutzes des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs durch das Deckgebirge“ wurden [...] mit „ungünstig“ bewertet. Im Rahmen der Unsicherheiten der Modellhorizonttiefen und aufgrund der in Relation zur Fläche des identifizierten Gebiets begrenzten betroffenen Fläche wird die Bewertung des Abstands zur Quartärbasis und des Abstands zur Geländeoberkante mit „ungünstig“ geringer gewichtet. Somit ist dennoch damit zu rechnen, dass ein geeigneter einschlusswirksamer Gebirgsbereich gefunden werden kann.“ Können Sie bitte das "dennoch" erklären?

Eine Antwort gab es anschließend auch per Email:

„Im Rahmen der Anwendung der geologischen Abwägungskriterien erfolgte keine Klassifizierung innerhalb der identifizierten Gebiete in „günstige“, „weniger günstige“ oder „ungünstige“ Bereiche. Jedes identifizierte Gebiet wurde durch die geowissenschaftlichen Abwägungskriterien im Ganzen bewertet. Ist ein Indikator oder ein Kriterium also in einer kleinen Fläche innerhalb eines größeren identifizierten Gebietes als ungünstig zu bewerten, so gilt diese Bewertung für das gesamte Gebiet. So war es auch im vorliegenden Fall. **Die betroffene Fläche im identifizierten Gebiet, die zur Bewertung „ungünstig“ geführt hat, ist vergleichbar klein. Auf Grund der kleinen Fläche wurde die ungünstige Bewertung in der Abwägung gering gewichtet.**

Das Teilgebiet hat eine Gesamtfläche von 59 Quadratkilometern. Diese ist deutlich größer als die für einen Endlagerstandort im Wirtsgestein Steinsalz benötigte Fläche. Deshalb ist „dennoch“ (also trotz der Fläche, die als ungünstig zu bewerten ist) davon auszugehen, dass ein geeigneter einschlusswirksamer Gebirgsbereich gefunden werden kann.“

Die „ungünstige“ Bewertung des Deckgebirges darf

also keineswegs zu der Hoffnung verführen, „Wolthausen-Meißendorf“ sei im nächsten Schritt schon draußen.

Den Eindruck kann aber gewinnen, wer auf angemessene Reaktionen aus der Kommunalpolitik gehofft hat. Weder Landrat Wiswe (CDU) noch Winsens Bürgermeister Oelmann (SPD) hielten es bisher für erforderlich, die Bürger*innen oder wenigstens die Kommunalpolitiker*innen über die Situation zu informieren.



Die Kreisverwaltung nutzte schließlich den Antrag der Kreistagsabgeordneten Behiye Uca (Die Linke), die die Einrichtung eines eigenen Fachausschusses einfordert. Eine Beschlussfassung darüber wurde auf die Kreistagssitzung am 10. März (!) verschoben. Dann hat die erste „Fachkonferenz Teilgebiete“ bereits stattgefunden. Einen eigenen Fachausschuss hält die Kreisverwaltung im übrigen für unnützlich; Begründung:

„Abgesehen davon, dass der Kreistag in der Endlagerfrage keinerlei inhaltliche Entscheidungskompetenz hat, [...] ist für die Begleitung der Angelegenheit die Einrichtung eines gesonderten Ausschusses aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig. Bei Bedarf könnte eine fachliche Behandlung ohne Weiteres z.B. im Umweltausschuss erfolgen. So wurden in der Vergangenheit auch ähnliche Themen zu überörtlichen Planverfahren, wie etwa zum Ausbau der Schienenstrecken (Y-Trasse) oder zum Bau der Gleichstromtrasse SuedLink ebenfalls in bestehenden Fachausschüssen behandelt.“

Wir können nur hoffen, dass eine derartige Borniertheit nicht auch zu einem „Kriterium“ bei der Standortauswahl wird.

Das große Nebelwerfen

Der erste Zwischenbericht zur Standortsuche für ein tiefengeologisches Atommüll-Lager verklärt mehr, als dass er erhellt. Denn über viele Gebiete, die er ausweist, ist so gut wie nichts bekannt. Und sie sind so zahlreich, dass niemand sich betroffen fühlt – selbst dort nicht, wo es dringend angebracht wäre.

54% des Bundesgebiets sollen „günstige“ Bedingungen für ein Atommüll-Bergwerk aufweisen, sagt die Bundesgesellschaft für Endlagerung. Nicht alle der als "Teilgebiete" farbig markierten Regionen sind allerdings gleich "heiß" im Rennen.

„Keiner hat damit gerechnet, dass derart viele Regionen übrig bleiben würden.“ Das sagt der Präsident des Atommüll-Bundesamtes (BaSE), Wolfram König, im Interview mit der Süddeutschen Zeitung zu der Tatsache, dass die „Bundesgesellschaft für Endlagerung“ (BGE) 54 Prozent des Bundesgebietes als „Teilgebiete“ ausgewiesen hat. Das sind laut Standortauswahlgesetz Regionen, die „günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle erwarten lässt“.

In diesen 54 Prozent stecken zwei gewollte Botschaften. Die erste fasste BGE-Geschäftsführer Steffen Kanitz bei der Präsentation des Zwischenberichts so zusammen: „Deutschland eignet sich aufgrund seiner flächenhaften Ausbreitung von Wirtsgesteinen gut für die dauerhafte und sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfallstoffe.“ Die Wirkung der zweiten beschreibt Wolfram König: „Der große Anteil führt auch dazu, dass bei vielen der Eindruck existiert: Es wird uns schon nicht treffen.“ Kurz zusammengefasst: Das Atommüll-Problem ist lösbar und niemand ist davon betroffen.

Karte der Illusion

Wie kam diese Landkarte zustande? Erwartet die BGE tatsächlich in mehr als der Hälfte des Landes günstige geologische Voraussetzungen für ein Atommüll-Bergwerk? Dazu ein kurzer Blick in den Verfahrensablauf:

Zuerst hat die Bundesgesellschaft Gebiete ausgeschlossen, in denen etwa durch Vulkanismus, Erdbebengefahr oder alten Bergbau bekanntermaßen schlechte Bedingungen herrschen.

Als nächstes mussten Mindestanforderungen, etwa bezüglich der Ausdehnung und Tiefenlage des Gesteins, erfüllt sein.

Zuletzt sollte anhand von elf geowissenschaftlichen Abwägungskriterien, die im Gesetz festgelegt sind, bewertet werden, „ob in einem Gebiet eine günstige geologische Gesamtsituation vorliegt“.

Zur Ermittlung der „Teilgebiete“ wurden ausschließ-

lich bereits vorhandene Geo-Daten verwendet, etwa aus der Suche nach Ölvorkommen. Für weite Teile des Bundesgebietes liegen aber gar keine Bohrdaten vor.

Schon zur Anwendung der Mindestanforderungen musste die BGE daher weitflächig auf 3D-Modelle des Untergrunds zurückgreifen, erstellt durch die geologischen Landesämter, allerdings nur für 65 Prozent des Bundesgebietes. Diese Modelle sind keine tatsächliche Abbildung des geologischen Untergrundes. Laut BGE bestehen sie teilweise nur aus „fachlich begründeten Vermutungen erfahrener Geologen“. Selbst die Qualität der Daten, die in die Modelle eingeflossen sind, ist der BGE nach eigener Aussage nicht bekannt.

Auch die geowissenschaftlichen Abwägungskriterien musste die BGE weitgehend ohne Daten vornehmen. Die Lücke schloss sie mit Hilfe sogenannter „Referenzdatensätze“. Man habe dafür „bekannte sehr günstige Eigenschaften für das jeweilige Wirtsgestein zugrunde gelegt“, also Daten, „die ein ideales Wirtsgestein beschreiben“.

Um die Dimension des Illusionsmanövers deutlich zu machen: Von den elf Abwägungskriterien wurden, je nach Gesteinstyp, zwischen sieben und neun lediglich anhand von „Referenzdaten“ bewertet, die von idealen Bedingungen ausgehen – ohne dass bekannt ist, wie es am jeweiligen Ort tatsächlich aussieht. Nur so sind beispielsweise die riesigen Teilgebiete aus Ton in Norddeutschland und Granit in Süddeutschland zu erklären, die sich gleich über mehrere Bundesländer erstrecken. Die BGE weiß nicht, ob und wo diese gute Bedingungen aufweisen und wo nicht. Sie definiert aber einfach mal, dass das Gestein optimale Eigenschaften hat.

Das Gesetz verlangt, zwischen Regionen, über die konkret bekannt ist, dass sie relativ gute geologische Eigenschaften haben, und Regionen, über die so gut wie nichts bekannt ist, zu unterscheiden. Die BGE hingegen rührt beide Kategorien zusammen und vernebelt so mehr als sie erhellt.

Besonders deutlich werden die Folgen dieser Nebelwerferei in Norddeutschland. Über die dortigen Salzstöcke etwa liegen verhältnismäßig viele Geo-Daten vor. Auf dieser Grundlage hat die BGE sie schon kräftig ausgesiebt: Nur noch 60 von mehr als 400 untersuchten sind noch im Topf. Auf der Karte liegen diese grünen Punkte in einem großen, blau-magenta-violett markierten Gebiet – den norddeutschen Tonvorkommen. Über diese liegen eher wenige Daten vor, weshalb die BGE sie einfach komplett markiert hat. Die Wahrscheinlichkeit der grünen Flecken, am Ende als Atommüll-Standort ausgewählt zu werden, ist deutlich größer als die von Orten im blau-magenta-violetten Gebiet. Insbesondere die Betrof-

fenen an den grünen Standorten sollten sich also dringend mit der Materie beschäftigen. Anhand des Zwischenberichts und der Karte der BGE kann das aber niemand erkennen.

Verfängt zudem die vereinfachte Botschaft, dass quasi halb Deutschland geeignet sei, dann wird es für die Standorte, die im nächsten Schritt in die engere Wahl kommen, auch noch extrem schwer, zu vermitteln, warum sie ungeeignet sind – selbst wenn es stimmt.

Der Bericht enthält aber noch eine dritte Botschaft. Sie ergibt sich aus dem frühzeitigen Ausschluss des Standortes Gorleben aus dem Verfahren. Bisher bestand der begründete Verdacht, dass die neue Suche nur ein Vorwand ist, um am Ende doch wieder in Gorleben zu landen. Diesen Verdacht hat die BGE jetzt ausgeräumt. So soll gerade dem kritischen Teil der Öffentlichkeit vermittelt werden: Ihr könnt diesem Suchprozess vertrauen.

Und ja: Es ist gut, dass sich bei der BGE nicht diejenigen durchgesetzt haben, die weiter auf Gorleben zuarbeiten wollten. Denn mit den vagen Kriterien des Gesetzes hätten sie und die Politik sich diesen Standort auch mit aller Gewalt zurechtbiegen können – trotz aller geologischer Mängel. Das Aus für Gorleben heilt aber nicht alle anderen schweren Mängel des Verfahrens. Deshalb wäre es blauäugig, nun darauf zu vertrauen, dass im Weiteren alles mit rechten Dingen zugeht.

Dass die Strategie der 54 Prozent funktioniert, um Betroffenheit zu verhindern, zeigte die Auftaktveranstaltung der „Fachkonferenz Teilgebiete“ am 17./18. Oktober. An der Online-Veranstaltung nahmen maximal 500, teilweise nur 300 Personen teil, plus etwa 100 Zuschauer*innen über den YouTube-Stream. Und dies, obwohl die Behörde mit einer gigantischen, fünf Millionen Euro teuren bundesweiten Werbekampagne für die Teilnahme

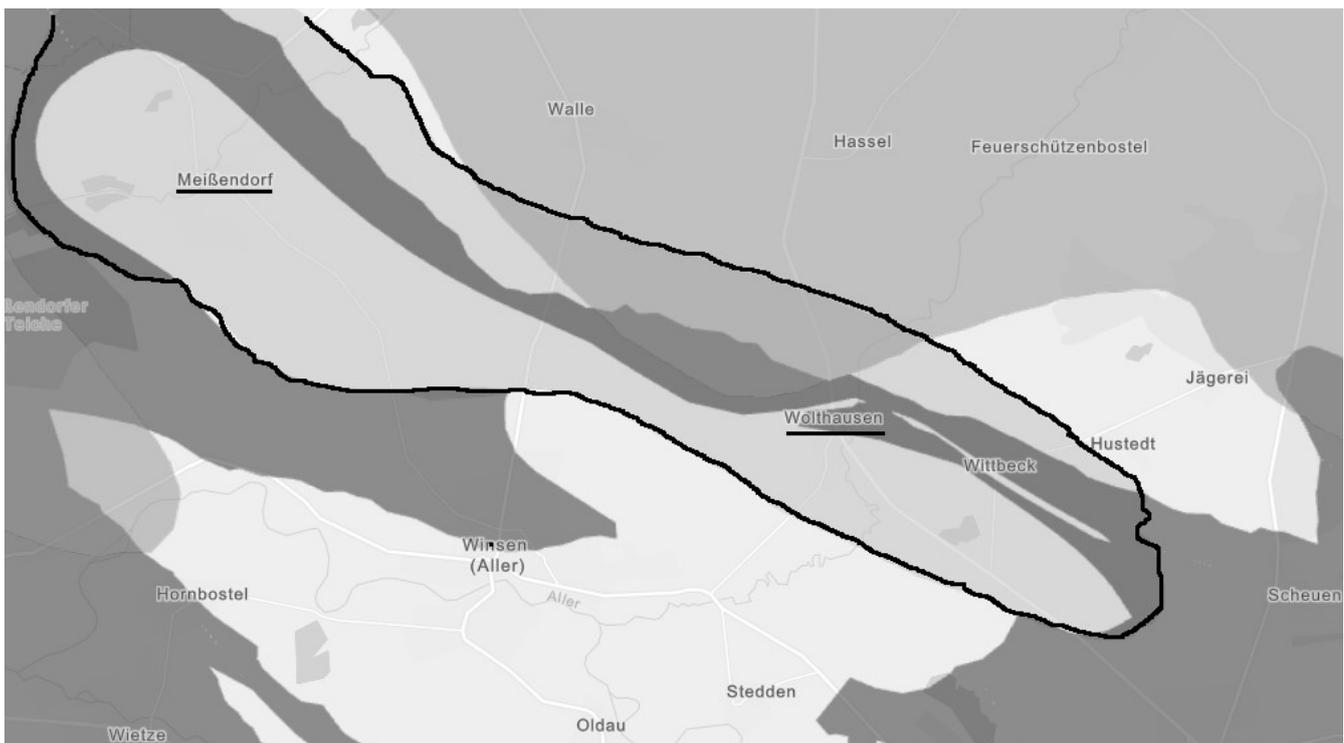
getrommelt hatte.

Mischung aus Desaster, Realsatire und Geologie-Webinar

Wenn man von den 500 noch die Mitarbeiter*innen von Behörden und BGE, Politiker*innen, Presse und andere aus beruflichen Gründen teilnehmende abzieht (die Zahlen der „Profi-Teilnehmenden“ werden vom Atommüll-Bundesamt trotz mehrmaliger Nachfrage bisher geheim gehalten), bleiben nicht viele übrig, die als direkt Betroffene mit dabei waren. 291 der 401 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte gehören zu Teilgebieten. Die waren längst nicht alle vertreten.

Wer dennoch teilnahm, den platzierte das Bundesamt am virtuellen Katzentisch. Ganze 15 Minuten von sieben Stunden entfielen am ersten Tag, an dem die BGE den Zwischenbericht vorstellte, auf Fragen der Teilnehmenden. Das Wort bekamen sie auch dabei nicht erteilt: Stattdessen fasste die Moderation viele Fragen in eigenen Worten zusammen, der Sinn ging mitunter verloren. Eine Kommunikation der Teilnehmenden untereinander unterband die Behörde gleich ganz. Falschaussagen der BGE, etwa zur angeblichen Transparenz der Geo-Daten (die es weiterhin nicht gibt), blieben so unwidersprochen stehen.

Die Vorträge der BGE-Geolog*innen waren für Zuschauer*innen, die noch nicht tief im Thema waren, durchaus informativ, zumindest wenn sie fachlich folgen konnten. Das entscheidende Thema, die Anwendung der geologischen Abwägungskriterien, kam allerdings erst am Ende eines langen Konferenztages überhaupt zur Sprache. Auch dafür hatte das Bundesamt gesorgt, weil es die Vorstellung des Berichts in einen Tag zwängte. Eine zweite geologische Meinung, also kritische





Expert*innen, die aus ihrer Sicht den Zwischenbericht bewerteten, fehlte vollständig. [...]

Sämtliche Äußerungen der Teilnehmenden wurden im Übrigen nicht auf dem Stream übertragen. Auch wer im Nachhinein verfolgen möchte, was bei der Veranstaltung gelaufen ist, wird auf den Video-Aufzeichnungen bei YouTube nur die Vorträge von BGE, BaSE, NBG und Ministerin finden – aber keine Statements derjenigen, die hier doch angeblich das Recht auf Selbstorganisation hatten ...

Diese Mischung aus Disaster, Realsatire und Geologie-Webinar hatte der „Tagesspiegel“ im Vorfeld so angekündigt: „Am Wochenende sollen die Ergebnisse des Berichts auf der Fachkonferenz Teilgebiete erstmals mit einer breiteren Öffentlichkeit, Vertretern aus Politik und Wissenschaft, der Kommunen und gesellschaftlichen Gruppen diskutiert werden.“ Auch hier also, wie beim Teilgebiete-Bericht, eine irreführende Botschaft an die breite Öffentlichkeit: Angeblich, soll diese glauben, läuft da eine umfassende Beteiligung der Bürger*innen. Von den tatsächlichen Abläufen bekommt sie ja nichts mit. Das gesamte Öffentlichkeitskonzept von Bundesamt und BGE zielt darauf ab, mögliche Konflikte und Proteste ohne tatsächliche Beteiligung von Bevölkerung und Betroffenen abzufedern und einzudämmen, statt sie konstruktiv auszutragen und zu klären.

Wie geht es weiter?

Die „Fachkonferenz Teilgebiete“ soll in drei Sitzungen bis Juni 2021 den Zwischenbericht diskutieren, eine Stellungnahme abgeben und sich danach auflösen. Diese Diskussion kann nur sehr oberflächlich funktionieren, da ein Großteil der Datengrundlage geheim ist, über viele

Teilgebiete wenig bekannt ist und es kein Geld für unabhängige Expertise gibt, die die Konferenz hinzuziehen könnte. So ist das postulierte „lernende Verfahren“ nicht möglich. Zudem will das Atommüll-Bundesamt durch strenge Begrenzung des Beratungsgegenstands verhindern, dass die Konferenz die Grundlagen des Suchverfahrens noch einmal diskutiert.

Währenddessen arbeitet die BGE längst weiter – und wartet nicht auf das Ergebnis der ganzen Konferenz. Und sie wird sich dabei erneut nicht über die Schulter schauen lassen, sondern erst wieder in zwei bis vier Jahren ein nächstes Zwischenergebnis präsentieren.

Bis dahin muss sie aus 54 Prozent des Bundesgebietes, den sogenannten Teilgebieten, weniger als fünf Prozent machen: ein Vorschlag für wenige „Standortregionen“. Dies passiert weitgehend nur auf der vorhandenen dünnen Datenbasis von heute. Vorgesehen sind „vorläufige Sicherheitsuntersuchungen“, vereinfacht ausgedrückt: Modellrechnungen mit unzähligen konstruierten Annahmen, die einen Anhaltspunkt dafür liefern sollen, mit welcher Wahrscheinlichkeit wie viel Radioaktivität aus dem tiefengeologischen Lager entweicht. Wie es so gelingen soll, aus riesigen Gebieten, über deren Untergrund viel zu wenig Konkretes bekannt ist, wenige Favoriten zu finden, ohne Gefahr zu laufen, die falschen Regionen auszuschließen, bleibt ein Rätsel.

Die BGE könnte daher versucht sein, schon jetzt die planungswissenschaftlichen Kriterien (etwa Abstand zur Wohnbebauung, Kulturdenkmäler, Naturschutzgebiete) anzuwenden, die eigentlich nachrangig zur Geologie sein sollen. So könnte der am wenigsten schlechte Standort für ein geologisches Tiefenlager unentdeckt bleiben, weil er unter einem Kulturdenkmal liegt.

Der BGE-Vorschlag für die „Standortregionen“ geht am Ende an den Bundestag. Dieser ist komplett frei darin, die Liste nach seinen Vorstellungen zu ändern. Nach dem Beschluss des Parlaments wird es in diesen wenigen Regionen dann Probebohrungen und seismische Messungen geben – um mehr über den Untergrund zu erfahren. Alle anderen werden nicht mehr näher betrachtet.

Dieses Interview erschien erstmalig im .ausgestrahlt-Magazin 49 (Nov/Dez 2020 / Jan 2021)

Mehr Infos unter:

<https://www.ausgestrahlt.de/>

Fachkonferenz-Beteiligungsmöglichkeiten unter:

<https://www.endlagersuche-infoplattform.de/>

you-tube-Video zur Onlinesprechstunde zu TG 045:

<https://www.youtube.com/watch?v=JR0PzFPsNyo>

Frauenhaus Celle – Corona und Gewalt

?? Seit wann gibt es das autonome Frauenhaus in Celle, aus welchem Anlass und mit welcher Perspektive hat es sich gegründet?

A: Uns gibt es seit 1983. Ende der 70er, Anfang der 80er sind in ganz Deutschland überall die ersten Frauenhäuser gegründet worden und so dann auch in Celle. Und der Anlass war letztendlich bei allen der gleiche: Es ging darum, Frauen die Möglichkeit zu eröffnen, aus einer gewaltbelasteten Beziehung aussteigen zu können. Und ihnen eine Unterkunft und Unterstützung zu geben auf dem Weg in ein eigenes Leben. Das waren alles Häuser, die aus Fraueninitiativen entstanden sind, also alles erst mal selbstorganisiert und nicht wirklich professionalisiert. Es waren engagierte Frauen aus der Gemeinde, die das gemacht haben.

D: Wenn wir „Altkolleginnen“ reden hören, wie das war in den 70ern und 80ern, dann hat sich natürlich sehr viel schon getan. Und trotzdem ist da noch ein Weg zu gehen und es gibt das Ziel, patriarchale Gewalt zu eliminieren; das ist natürlich noch lange nicht erreicht. Und da müssten noch viele gesellschaftliche Veränderungen passieren, bis wir dahin kommen.

A: Wir sind ein eher kleines Haus. In Celle gibt es zwei: Eins ist unter dem Dachverband des Paritätischen, und wir haben einen Trägerverein mit einem ehrenamtlichen Vorstand. Wir können bei uns bis zu 8 Frauen aufnehmen. Insgesamt haben wir 12 Plätze, und es kommt immer darauf an, wie viele Kinder mit dabei sind, aber meist sind wir überbelegt. Wir haben Rufbereitschaften, die wir außerhalb der Bürozeiten und an den Wochenenden abdecken. - Und dann haben wir im Mehrgenerationenhaus ein Büro angemietet, da ist unsere Beratungsstelle FeroXia, die mit zum Haus gehört.

?? Passiert es, dass Männer oder Familien eure Adresse herauskriegen und dann Probleme machen?

A: Häufig passiert das nicht, aber gelegentlich kommt das vor. Gerade letztes Jahr hatten wir das mehrfach.

D: Im Prinzip rufen wir sofort die Polizei, die dann im Normalfall auch schnell kommt, und bisher ist zum Glück noch nichts passiert. Es ist unschön, es macht Angst, es macht den Frauen Angst, es macht auch uns Angst.

?? Wie arbeitet ihr generell und worauf liegt euer Schwerpunkt?

D: Generell sind wir erst mal eine Schutz Einrichtung für Frauen und Kinder, die in Krisensituationen zu Hause raus müssen und wollen. Dann sind wir dafür da, die Frauen und Kinder darin zu unterstützen. Dabei ist uns wichtig, dass wir auf Augenhöhe mit den Frauen arbeiten, also dass unsere Hierarchien flach sind. Wir haben

natürlich auch einen grundsätzlich feministischen Ansatz als autonomes Frauenhaus und wir wollen die Frauen dafür empowern, dass sie ihr eigenes Leben in die Hand nehmen, Selbstbewusstsein gewinnen und eine eigene selbstständige Lebensperspektive entwickeln. Dabei ist Netzwerkarbeit auch wichtig. Unsere Frauen bringen alle Themen der sozialen Arbeit mit, seien das ausländerrechtliche, familienrechtliche, psychische Problematiken, Schulden-Thematiken. Wir sind gut vernetzt mit anderen Frauenhäusern.

A: Wir arbeiten auch politisch, auch das ist ein wichtiger Punkt. Häusliche Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Das war damals in den 80ern ein Thema, denn da hieß es, was in der Familie passiert, bleibt in der Familie. Wir setzen uns ein beim Thema Wohnsitzauflagen für gewaltbetroffene Frauen [je nach Aufenthaltstitel kann es sein, dass Menschen ihren Lebensmittelpunkt nicht in eine andere Stadt verlegen dürfen]. Die Ämter sagen zum Teil: 'Die darf doch gar nicht in Celle sein, also warum ist sie jetzt hier und warum sollen wir das finanzieren?'

Wir setzen uns ein für die Finanzierung von EU-Bürgerinnen in Frauenhäusern. Es gibt noch viele ungeklärte Themen rund um das Leben und Arbeiten im Frauenhaus und wir versuchen schon unsere Wege zu finden, da Sa-



chen zu verbessern.

?? *Kommt es vor, dass ihr Frauen aus Familien holt, oder kommen sie direkt zu euch?*

A: Das machen wir einfach auch aus persönlichen Sicherheitsgründen nicht. Wir machen immer Treffpunkte mit den Frauen aus, die einigermaßen sicher sind. Oder oft kommen die Frauen über die Polizei zu uns, dann holen wir die Frau direkt bei der Polizei ab.

?? *Gibt es Begleitung/Unterstützung auch nach dem Auszug aus dem Frauenhaus?*

D: Also sie darf sich immer an uns wenden und die Frauen, die in Celle bleiben, die betreuen wir auch nach. Es gibt eine Nachbetreuungsgruppe, aber wir gehen auch einzeln zu den Frauen nach Hause und beraten sie da zu all den Themen, die sie beschäftigen.

A: Von unserer Seite aus ist dieses Angebot immer da, auch wenn Frauen weiter weg sind, auch die können sich telefonisch natürlich melden und mit uns sprechen und noch Hilfe bekommen.

D: Oder wir suchen Netzwerkpartner vor Ort, die dann mit unterstützen können.

?? *Welche Entwicklungen beobachtet ihr in Celle bezüglich patriarchaler häuslicher Gewalt?*

A: Das ist gar nicht so einfach zu beantworten. Hat sicherlich auch viel mit Corona zu tun, dass häusliche Gewalt mehr in den Vordergrund getreten ist. Aber das ist nicht spezifisch auf Celle ausgerichtet, das ist, glaube ich, eine deutschlandweite Entwicklung gerade. Meine Einschätzung wäre, dass die Bereitschaft, darüber zu reden und das anzuzeigen, größer geworden ist. In den letzten Jahren würde ich sagen und in den letzten Monaten sicherlich nochmal ein bisschen mehr. Das ist so gesehen ja auch eine erfreuliche Entwicklung. Nichts desto trotz gehen wir von einer nach wie vor hohen Dunkelziffer aus. Wir könnten jetzt nicht unbedingt sagen, häusliche Gewalt hat zugenommen oder abgenommen. Was man feststellen kann, ist, dass der ganze Onlinebereich mit reinkommt, dass es da inzwischen subtilere Arten gibt, Gewalt auszuüben.

D: Wenn wir jetzt gucken, körperliche Gewalt, sexuelle Gewalt, psychische Gewalt, da können wir keine Veränderung feststellen.

?? *Öffentliche Präsenz erleichtert manchmal auch einiges, erleichtert sie etwas für euch?*

D: Vor allem die Kommunikation, und auch die Menschen, Politik, Verwaltung sind offener, über das Thema zu reden, weil sie medial gespiegelt kriegen, dass das ein Problem ist.

?? *Merkt ihr weitere Auswirkungen der Pandemie? Wenn ja, welche?*

A: Jein. Im Frühjahr gab es eine kurze Phase, wo die Aufnahmeanfragen sprunghaft gestiegen sind, als das Thema Corona stärker aufkam. Dann hat sich das relativ

schnell wieder beruhigt. Im November waren die Aufnahmeanfragen wieder mehr, also vor dem nächsten Lockdown. Wir haben schon ein paar Fälle gehabt im Frühjahr, die durch die Corona-Situation eskaliert sind, die sich wahrscheinlich zuhause nicht so zugespitzt hätten, wenn nicht beide zuhause gewesen wären.

D: Was wir natürlich schon merken, ist eine massive Auswirkung auf unsere Frauen und Kinder, weil die keinerlei Möglichkeit haben, dieser Situation zu entfliehen. Normalerweise wohnt eine Mutter auch mit ihren Kindern zusammen in einem Zimmer. Unsere Frauen sind sehr viel zuhause, das wirkt sich negativ auf die psychische Situation aus. Und es fallen alle möglichen Termine aus. Auch auf Perspektivenfindung wirkt sich das negativ aus. Unsere Frauen und Kinder sind eh schon belastet und nun durch die Corona-Situation also doppelt, würde ich sagen.

?? *Wie ist das Verhalten von Politik und Verwaltung, bemühen die sich, weitere Plätze zu schaffen?*

A: Ja, es gibt schon Förderprogramme zur Aufstockung der Plätze. Die sind aber auch gekoppelt an besondere Innovation. Es ist schwierig. Auch das andere Frauenhaus in Celle ist immer sehr voll. Aber wir werden in absehbarer Zeit mehr Plätze bekommen.

D: Ja, also eigentlich ist die Frage gar nicht gegeben, theoretisch, denn die Istanbul-Konvention [„Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ von 2018] ist unterschrieben, die ist ratifiziert und eigentlich muss es umgesetzt werden. Es gibt in ihr relativ klare Vorgaben, wie viele Frauenhausplätze pro Einwohneranzahl vorhanden sein müssten. Und die sind längst nicht erfüllt. Die meisten Frauenhäuser, v. a. die in Ballungsräumen, in Großstädten, sind eigentlich fast immer voll.

A: Also in Hannover z.B. einen Frauenhausplatz zu finden, ist wirklich schwierig.

?? *Wie ist es allgemein mit der Finanzierung?*

D: Es ist immer noch so, dass Frauenhaus-Finanzierung ein großes Thema ist, auch ein schwieriges und diskriminierendes Thema für viele Frauen, weil nicht alle Frauen in Deutschland die gleichen Rechte diesbezüglich haben: Wenn eine Frau arbeitet, muss sie den Platz selbst bezahlen. Wenn eine Frau vom Jobcenter oder Sozialamt lebt, kriegt sie ihn bezahlt, was auch richtig ist. Aber wir kriegen eine Frau, die arbeitet, oder eine Studentin oder eine EU-Bürgerin als Frauenhaus eigentlich nicht finanziert. Und die Politik oder die Verwaltung erwartet von uns, dass wir die einfach aus den allgemeinen Töpfen mitfinanzieren, was zur Folge hat, dass wir immer nur einzelne Frauen finanziert kriegen. Und das ist schräg. Das kann nicht sein.

?? *Welche Frauen kommen zu euch? Welche Barrieren gibt es?*

A: Wir haben Frauen aus allen möglichen Schichten in unserer Beratungsstelle. Im Haus sind es tatsächlich eher

die Frauen, die finanziell sehr abhängig sind vom Mann, die keine Ausbildung haben, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können oder die nur Mini-Jobs haben. Und wo vielleicht die Familie auch ein Teil des Problems ist, statt eine Ressource. Oder Frauen, die vorher noch nie alleine gelebt haben. Die es wirklich erst mal lernen müssen, alleine zurecht zu kommen.

D: In Einzelfällen haben wir Frauen, die sehr selbstständig sind, auch Ressourcen haben, aber die halt einfach gefährdet sind. Ich sage mal, wenn der Mann oder die Familie sehr sehr gefährdend sind, kann man auch nicht zu seiner Tante gehen oder zu seiner besten Freundin, weil der weiß, wo das ist, und findet einen da.

Wir haben überwiegend Frauen aus anderen Städten. Normalerweise geht man in ein Frauenhaus in einer anderen Stadt, außer in der Situation, gefährdet der Mann oder die Familie nicht so.

A: Was das Sprachliche angeht: Wir versuchen ganz viel möglich zu machen. Wir decken im Haus ein ganz gutes Spektrum an Sprachen ab und bemühen uns ansonsten, auch Übersetzung hinzuzuziehen. Es kommt manchmal vor – wenn wir bei einer Sprache gar nicht wissen, wie wir das hinkriegen sollen, dass wir dann die Aufnahmeanfrage auch ablehnen müssen und an andere Häuser verweisen. Unterm Strich ist natürlich Kommunikation eine ganz wichtige Basis unserer Arbeit. Wir versuchen auch viel mit Händen und Füßen.

D: Barrierefrei sind wir jetzt nicht, aber wir werden es bald sein.

A: Wir sind auch nicht 24-Stunden im Haus, wir haben unsere Bürozeiten und danach haben wir Ruf-Bereitschaft. In der Zeit, wenn wir nicht da sind, muss gewährleistet sein, dass die Frauen sich und ihre Kinder gut versorgen können. Auch bei geistigen Behinderungen kommt es immer darauf an, wie selbstständig die Frau ist. Es ist grundsätzlich kein Ausschlusskriterium, überhaupt nicht.

D: Ein Zugangshemmnis ist tatsächlich, wenn es einen älteren Sohn gibt über 14. Es gibt Frauenhäuser, die haben ein anderes Konzept und andere räumliche Möglichkeiten, da kann man dann im Prinzip Frauen hin vermitteln, die einen Sohn haben in dem Alter.

A: Wir gucken uns immer den Einzelfall an, wir lehnen da nicht pauschal ab. Wir gucken immer, was möglich ist und was wir anbieten können, besprechen das im Team und dann schauen wir.

D: Ein großes Thema sind die EU-Bürgerinnen. Nehmen wir jetzt mal ein plakatives Beispiel, das aber vorkommt: Eine rumänische gewaltbelastete Frau, die einen Platz braucht. Da ist es für uns sehr schwierig, weil wir gar kein Geld für sie kriegen. Es gibt Häuser, bei denen ist das anders, die sind anders finanziert als wir. Aber es ist eine sehr schlimme Situation, auch für uns als Mitarbeiterinnen, dass wir das eigentlich nicht machen können.

?? Seid ihr auch für Trans* und nicht-binäre Menschen

ansprechbar? Wenden sie sich an euch?

A: Wir sind ansprechbar. Ob sie sich an uns wenden, weiß ich nicht so genau. Man weiß es ja auch manchmal gar nicht. Wir haben das Thema mal mit den Bewohnerinnen im Haus angesprochen, wie die sich dazu positionieren würden, wenn z.B. jemand im Haus wäre, wer nicht typisch weiblich ist oder nicht die typisch weiblichen Klischees erfüllt. Und unsere Frauen waren da sehr offen und haben gesagt, jeder soll so leben, wie er das möchte, und wer Hilfe braucht, soll Hilfe bekommen.

?? Weltweit wächst feministischer und Frauenprotest. (Inwiefern) Seht ihr euch als Teil davon und was müsste sich aus eurer Perspektive in der Gesellschaft verändern?



D: Wir sehen uns definitiv als Teil davon. Erstmal als Frauenhaus Celle, aber auch in unserer Vereinigung der autonomen Frauenhäuser. Auch unsere Vertreterinnen engagieren sich politisch weltweit in den unterschiedlichen Verbänden, arbeiten mit an der Umsetzung der Istanbul-Konvention und darüber hinaus. Was müsste sich aus eurer Perspektive in der Gesellschaft verändern? Einiges noch!

A: Das Denken. Auch in einem eigentlich fortschrittlichen Land wie Deutschland sind wir ja von Gleichberechtigung noch ganz weit entfernt. Gleichberechtigung muss natürlich auf allen Ebenen umgesetzt werden, aber Gleichberechtigung ist auch noch lange nicht in den Köpfen aller Menschen angekommen. Auch nicht in den Köpfen der Frauen.

D: Wir lassen uns auch immer noch reinpressen und reproduzieren die Rollen und Muster.

A: Und auch Sprache schafft Realität, beeinflusst das Denken. Jede und jeder einzelne muss vielleicht da anfangen, nicht mehr nur maskulin zu sprechen, sondern eben auch die ganze Vielfalt der Geschlechter miteinzubeziehen. Und natürlich sind auch politische Entscheidungen gefragt. Auch politische Quoten finde ich total wichtig, denn Frauen brauchen ja auch Vorbilder.

D: Was ich noch gerade in mir bewege, sind intersektio-

Ein Jahr Klima-Notstand Climate Watch Celle zieht Bilanz

nale Diskriminierungen, die unsere Frauen aus anderen Ländern erleben. Gerade haben wir eine Frau, die ist schwarz und hat ein Kopftuch. Und für so eine Frau, in einer Stadt wie Celle, klein und konservativ sag ich jetzt mal, ist es schwierig, eine neue Perspektive für sich zu entwickeln. Eine Wohnung zu finden ist super schwierig, das beschäftigt uns oft sehr. Das ist auch Realität 2021 bei uns in Deutschland: Dass Menschen, die in irgendeiner Weise anders aussehen, wo man einen anderen religiösen Background erkennen kann – einen muslimischen besonders – es wirklich immer noch sehr schwer haben! Frauen, die nicht gut deutsch sprechen, sind weiterhin sehr diskriminiert in unserer Gesellschaft.

?? Was wollt ihr Frauen, Trans* und nicht-binären Menschen sagen?

D: Also ich würde ihnen gerne sagen wollen: Bleibt nicht in Situationen, die keine guten Situationen für euch sind! Ihr seid nicht alleine, ihr könnt Hilfe bekommen. Es gibt Strukturen wie unser Frauenhaus, aber auch andere, die helfen, aus unhaltbaren Situationen heraus zu kommen. Lasst euch nicht unterdrücken, wenn ihr nicht frei leben könnt! Habt Mut, sucht euch Hilfe und gemeinsam mit anderen schafft ihr das, da raus zu kommen.

A: Dem ist nichts hinzuzufügen. Frauen sind stark, wir wissen das!

D: Gerade die Frauen, die zu uns kommen, sind oft sehr stark!

A: Ja, wir haben großen Respekt vor dem, was die schaffen. Mit welchem Optimismus, die in ihr weiteres Leben starten, da kann sich manch einer eine Scheibe von abschneiden.

D: Und man muss sehr stark sein, um zu gehen – gerade, wenn man aus sehr engen Rollenbildern heraus kommt, kulturellen, religiösen Zwängen, familiären Zwängen – aber Frauen schaffen das und können das. Wir sehen das immer wieder, ich sage mal, täglich und es lohnt sich.

?? Was möchtet ihr Männern sagen?

A: Wir möchten Männern gerne sagen, dass es große Stärke erfordert und große Stärke bedeutet, Gleichberechtigung aktiv zu leben.

D: Auch Männer haben nur Vorteile von Gleichberechtigung, und ich wünsche es ihnen, dass sie das erkennen. Natürlich wollen wir Männern auch sagen, dass Gewalt gar keine Lösung ist! Nicht in geringster Weise eine Lösung ist für Konflikte.

Ein Jahr nach den „Klima-Notstand“-Beschlüssen von Stadtrat und Kreistag hat sich Climate Watch Celle (CWC) angeschaut, was seitdem passiert ist. „Zu wenig“, meint Reinhard Rohde, Sprecher der Initiative: „Während aus den Reihen der Politik eine Reihe nützliche Anträge zu Einzelaspekten gekommen sind, treten die Verwaltungen auf der Stelle.“

CWC hat sich die von den Verwaltungen vorgelegten Bilanzen genauer angeschaut. Die Kreisverwaltung habe sich in den vergangenen Jahren verhalten wie ein Immobilienverwalter, der die Klimabilanz seiner Gebäude optimiert. Dazu Rohde: „Da gibt es einige gute Ansätze, aber es reicht nicht aus.“ Als positiven Schritt aber bewertet CWC allerdings, dass endlich eine Klimaschutzmanagerin eingestellt werden soll mit Zuständigkeiten für die Erarbeitung eines Konzepts für die nächsten Jahre. Das allerdings, so Rohde, hätte der Kreis auch schon längst machen müssen und es wird schwer werden, den Rückstand mit nur einer Person aufzuholen. Wichtig sei vor allem, endlich über die engen landkreiseigenen Zuständigkeiten hinauszuschauen.

Die Personalkapazitäten sind aus Sicht von CWC auch bei der Stadt völlig unzureichend. Man könne doch nicht ernsthaft einen Notstand anerkennen und meinen, dass sei nebenbei zu gestalten. [...]

Zur Bilanz, die die Stadtverwaltung als Vorlage in den letzten Umweltschuss eingebracht hat, die aber aus Zeitgründen nicht behandelt wurde, hat CWC eine detaillierte Stellungnahme verfasst. Reinhard Rohde: „Es gibt zwei, drei vorbildliche Projekte wie z.B. beim Abfallzweckverband oder bei der Stadtentwässerung, die effiziente Technik um- und einsetzen. Bei der Wohnungsbau-gesellschaft gibt es ambitionierte Projekte wie an der Wittinger Straße, aber eben auch Lösungen wie bei der Allerinsel, die bei der Wärme auf Lösungen setzen, deren Beitrag zu Klimaneutralität zu gering ist.“ Vieles andere, was die Verwaltung in ihrer Bilanz auflistet, grenzt für CWC aber an Augenwischerei.

Die Stadt muss sich nach Auffassung von CWC vor allem personell anders aufstellen. Dazu Rohde: „Aktuell scheint uns die Verwaltung nicht in der Lage, konzeptionell arbeiten und effektiv auf Fördermittel zugreifen zu können. Hier sollte ein Team aufgestellt werden, das Kompetenzen aus unterschiedlichen Bereichen bündelt und die Herausforderung Klimawandel endlich annimmt.“ Letztlich sei zu begrüßen, dass die Verwaltung jetzt ein neues Klimaschutzkonzept in Auftrag geben will. unerklärbar ist, warum dafür ein weiteres Jahr verstreichen musste. [...]

Die Stellungnahme zur Bilanz der Stadtverwaltung finden sich unter: www.climate-watch-celle.de

Was schadet's, wenn es innen hohl

Im Celler Kurier vom 27.12.20 durfte Oberbürgermeister Nigge auf einer ganzen Druckseite Bilanz für das Jahr 2020 ziehen. Natürlich habe Corona „das Jahr auf links gedreht“, aber er hätte trotzdem einiges ins Werk gesetzt. Zum Beispiel habe die Stadt den lokalen Handel mit der Plattform kaufregional unterstützt. Ein dilettantisches Billig-Produkt, was man/frau beim Ausprobieren schnell feststellen kann: Was man auch als Suchbegriff eingibt, man findet nichts. Das wird den absterbenden Einzelhandel in Celles Innenstadt sicher nicht retten, denn Amazon funktioniert leider besser. Oder wie schon Wilhelm Busch so treffend formulierte: „Ist es doch nur ein Symbol, was schadet's, wenn es innen hohl“.



Womit wir schon beim nächsten Selbstlob wären: Man habe die schwarze Null erreicht. Ein zweifelhafter (und kurzer) Erfolg, denn wenn man zu wenig Geld ausgibt, dann ist auch das wenige für die Katz. Doch nachdem der Milchjunge sein nicht vorhandenes Geld gespart hat, hat er nun dank der Schwarzen Null „eine solide Basis, um zu investieren“. So sei man z.B. auf dem Weg zur „Familienstadt“, das sehe man an den vielen Neubaugebieten z.B. *Im Tale* oder *Im Blauen Land*. Doch dort investieren unterm Strich die Bauträger und nicht die Stadt, die ihnen durch Verzicht auf verbindliche Vorgaben zum Klimaschutz das Bauen versüßt hat.

Und auch das neue Gewerbegebiet *Auf der Grafft* würde der Stadt Geld bringen. Dass man auf der teuren Grafft keinen Platz für den Neubau der Westerceller Feuerwehr fand, und stattdessen lieber ein billiges Eichenwäldchen abholzt, ist nur konsequent, denn Klimaschutz á la Celle darf nichts kosten.

Man sei auch das Thema Museums-Depots angegangen, meint Nigge. Dass dabei die einzigartige Ofenplattensammlung des Bomann Museums verschenkt wurde, erwähnt er nur beiläufig. Stolz ist er aber, dass man endlich das Stickmuster-Museum los geworden sei (Helmstedt nahm es mit Handkuss). Es ist zwar die bedeutendste Sammlung dieser Art in Deutschland, aber was soll's: Die Tourist*innen kommen ja ohnehin nur zum Shoppen und Kaffeetrinken nach Celle, Hauptsache sie finden in Celle dieselben Ladenketten wie zuhause.

20 Mio. Euro investiere die Stadt in ihre Grundschulen. Klingt gut, doch es verschweigt, dass dafür mit der Altstädter Schule eine der pädagogisch und integrativ erfolgreichsten Schulen Celles geschlossen bzw. zusam-

mengelegt wird. Und dass die Altstädter Kinder dann längere Schulwege haben und dass die Kinder vom Nadelberg in Zukunft eine Bundesstraße queren müssen, kontert der „familienfreundliche“ OB mit einer Nebelkerze namens „Schulwegoffensive“ und setzt dabei offenbar auf die Familien aus den Neubaugebieten, die ihre Kinder mit dem dicken SUV zur Schule bringen. Was er indirekt bestätigt, indem er darauf hinweist, dass in Celle „der Pkw immer noch das Verkehrsmittel Nummer eins“ sei. Und was wohl so bleiben soll und muss.

Bei der Erwähnung seiner „Fahrrad-Offensive“ gesteht Nigge ein, dass es in Celle großen Nachholbedarf gibt. Dass das bisherige Stückwerk von aufgepinselten Schutzstreifen und ein paar wenigen Fahrradstraßen zwar besser als nichts ist, aber nicht reicht, hat ihm ja gerade eine Beratungsfirma attestiert. Doch gut ausgebaute Fahrradwege und Fahrradzonen kosten Geld, und das ist ja bereits für Autostraßen ausgegeben. Und wie es mehr Sicherheit für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen geben soll, wenn man das *Verkehrsmittel Nummer eins* nicht einschränken will, bleibt sein Geheimnis.

Dafür ist Ex-Militär Nigge stolz wie Bolle auf die Erfolge im Osten, wo mit Hilfe „einer überparteilichen Front“ der Weiterbau der Ostumgehung erreicht wurde. Und auch der Ausbau des Nordwalls wurde endlich fertig. Beides Projekte aus der Steinzeit der autogerechten Stadt, die viel Geld gekostet haben und noch kosten, das dann für echte Klimaschutzmaßnahmen fehlt.



Anzeichen von Realitätsverlust zeigen sich auch hinsichtlich der „Eventkultur“. Erst hielt man trotz Corona ewig am Weihnachtsmarkt fest, konnte dann aber doch nur eine „Weihnachtsstadt“ mit elf Buden aufbauen. Als sich dann herausstellte, dass sogar in Celle Glühwein nicht die richtige Corona-Medizin ist, war's auch damit schnell vorbei. Dafür klappt es in Sachen Integration laut Nigge hervorragend. Ein Glück nur, dass die Stadtverwaltung sich dagegen sperrt, „Sicherer Hafen“ zu werden, denn das hätte dieses Idyll nur gestört. Ein Glück auch für den guten Christen Nigge, dass heuer dank Corona die Geburtstagsfeier seines Religionsstifters so ziemlich ausgefallen ist, denn wie sagte doch dieser weltfremde Spinner Jesus „Lasset die Kinder zu mir kommen.“ Und was meint Nigge zum Abschluss seiner Bilanz: „Keiner weiß was nach Corona ist“. Doch wissen wir, Nigge macht weiter so, solange man ihn lässt.

AKH: Sanierung auf Kosten der Beschäftigten

Die Stimmung unter den AKH-Beschäftigten aus Küche, Reinigung und Logistik ist verständlicherweise gereizt. Auf eine Kritik des DGB-Vorsitzenden Dirk Gravelts hatte der Aufsichtsratsvorsitzende, Landrat Wiswe, gekontert, die Ausgliederung der tertiären Bereiche Teil eines Sanierungsprozesses sei, ohne den der Fortbestand der AKH-Gruppe in ihrer jetzigen Form bedroht sei – was man/frau als Privatisierungsdrohung interpretieren kann.

Auf die Kritik am Einsatz von Bundeswehrsoldaten, meinte Wiswe betonen zu müssen, „dass die Soldaten nicht Aufgaben der jetzt ausgegliederten Mitarbeiter übernehmen“ würden.

Dass sah ein Beschäftigter nun völlig anders und schrieb einen Leserbrief, den interessanterweise weder die CZ noch die Internet-Portale CelleHeute und Celler Presse bisher veröffentlicht haben. Diesen Leserbrief dokumentieren wir hier. Auf der Folgeseite noch ein Offener Brief von AKH-Beschäftigten vom November. Die Fotos sind von einer Aktion von ver.di-Mitgliedern, die vor dem Verwaltungsgebäude Autos geparkt hatten, auf deren Dächern mit Kommentaren versehen Pappkartons standen.

LESERBRIEF zum AKH

Als Mitarbeiter der Logistik des Allgemeinen Krankenhauses Celle möchte ich auf diesem Wege zur Antwort von Landrat Wiswe auf den offenen Brief des DGB Stellung nehmen. Denn offensichtlich besitzt der Aufsichtsratsvorsitzende keinerlei Kenntnis der aktuellen Lage in den Tertiärbereichen.

Wiswe spricht von einer extra entwickelten Transport-Logistik für Covid-19-Patienten. Diese existiert nicht. Es gibt lediglich Wegevorgaben über dafür vorgesehene Fahrstühle. Die beschriebenen Wege sind für jeden Mitarbeiter und Patienten frei zugänglich. Es sind ausschließlich Transporte von der Notaufnahme bei Ver-

dacht oder Bestätigung einer Covid-Infektion für uns relevant. Diese werden fast ausschließlich von den ehemaligen AKH-Mitarbeitern zwischen den übrigen normalen Tätigkeiten ausgeführt.

In dieser Hinsicht haben wir überschaubare Mehrarbeit, welche mit unserem eigentlich normalen Bestand an Mitarbeitern problemlos zu bewältigen wäre. Ausschließlich durch die Ausgliederung und den daraus resultierenden Kündigungen und allen weiteren Folgen ist die Unterstützung der Soldaten notwendig, um den Betrieb in der Logistik aufrecht erhalten zu können. Beispielsweise war am Nachmittag des 11. Januar 2021 der Transportdienst mit 3 Soldaten und 3 Zivilisten besetzt. Dabei leisten die Soldaten die gleichen Arbeiten, wie wir ehemaligen AKH-Mitarbeiter auch. Wenn in der Antwort des Aufsichtsrates das Gegenteil behauptet wird, dann ist das schlicht falsch.

Des Weiteren spricht Herr Wiswe davon, dass die Ausgliederung ein wichtiger Bauteil zum Erreichen des Sanierungsgutachtens ist. Welche weiteren Maßnahmen wurden noch getroffen? Seit ca. 2 Jahren ist die Ausgliederung das einzige Thema, und an den wesentlichen Dingen wurde nicht gearbeitet - Entlassungsmanagement, Liegezeiten, Dokumentation, Honorarkräfte/Honorärärzte – alles unverändert schlecht.

Das Argument, dass eine große Mehrheit der Mitarbeiter die Verträge unterschrieben hat, ist reiner Hohn. Niemand von uns begrüßt die Vorgehensweise der Krankenhausleitung mit Verlust von Gehalt, Weihnachtsgeld und VBL. Ein Kollege, um die 50 Jahre alt, musste die Ausgliederung ablehnen, weil der Wegfall der Alterszusatzversorgung VBL für ihn Altersarmut bedeutet hätte. Ihm wurde gekündigt. Wir Mitarbeiter hatten also praktisch keine andere Wahl: Wir mussten die erzwungene Ausgliederung hinnehmen, da Familie, Kinder und Wohnung finanziert werden müssen.

Es gab für uns schlichtweg keine Alternative.

Aber Herr Wiswe und der Vorstand hatten Alternativen. Warum wurde immer wieder der Vorschlag eines Zukunftssicherungsvertrages übergangen? Die einzige Stellungnahme des Vorstandes auf einer Betriebsversammlung: „Wir möchten doch nicht an Ihr hart verdientes Geld.“ An unser Geld in den untersten Lohngruppen will Herr Wiswe aber schon.

Wenn Herr Wiswe dann von persönlichen Angriffen im Brief des DGB spricht, sollte er bedenken: Der eigentliche persönliche Angriff geht an jeden einzelnen Mitarbeiter der tertiären Dienste. Er droht mit einer kompletten Fremdvergabe dieser Bereiche und tritt damit uns Mitarbeiter nochmals mit Füßen.



Fotos: Jürgen Elendt

Offener Brief von AKH-Beschäftigten

Wir sollen die Misswirtschaft ausbügeln

Nun melden wir uns als Mitarbeiter der Küche, Reinigung und Logistik zu Wort. Lange wurde uns geraten, zu schweigen und nicht unangenehm aufzufallen, damit wir die Verhandlungen zum Sozialplan nicht gefährden. Aus heutiger Sicht war dies ein Fehler. Ob wir etwas hätten ändern können, wissen wir nicht, aber wir hätten es versuchen und jeden Tag auf uns aufmerksam machen müssen. Denn jetzt ist der Sozialplan in Kraft getreten und das Celler Arbeitsgericht ist mit den eingereichten Klagen beschäftigt.

„Nein, ich möchte doch nicht an ihr hart verdientes Geld!“ Mit diesen Worten lehnte Herr Windmann einen Zukunftssicherungsplan für alle Beschäftigten ab. Solidarität machte sich im Hause breit. So war z.B. der Ärztliche Dienst bereit, auf die Auszahlung ihrer Überstunden zu verzichten. Jeder hätte etwas gegeben, doch das war vom Vorstand nicht gewollt. Windmann wollte lieber den Geringverdienern das Geld nehmen.

Wir wussten nicht, was auf uns zukommen wird. Ängste und Sorgen machten sich breit. Lange Zeit wusste niemand aus unseren Bereichen wie es weitergeht, denn die Informationen des Arbeitgebers waren spärlich. So mussten wir viel aus der Zeitung erfahren. Kollegen, die Freunde, Nachbarn oder Vereinskameraden aus der Celler Politik haben, konnten uns mit weiteren Informationen versorgen. Viele dieser Informationen machten uns fassungslos.

So wissen wir, dass aus mehreren Gutachten hervorgeht, dass ein Outsourcing der Wirtschaftsbereiche wirtschaftlich nicht notwendig oder gar sinnvoll ist, da der Arbeitgeber nicht den gesetzlichen Mindestlohn zahlt, sondern nach Tarif. Auch Beraterfirmen, die dem Krankenhaus Millionen kosteten, rieten absolut von einem Outsourcing ab!

Dem Aufsichtsrat sind die Mitarbeiter egal. Er möchte Zahlen haben. Herr Wiswe lobte die Mitarbeiter aus unseren Bereichen für die erbrachte Arbeit. Im selben Atemzug teilten Windmann und Wiswe mit, dass wir für unsere Arbeit zu viel Geld verdienen würden. Eine schlimmere Ohrfeige kann es nicht geben!

Immer wieder hat der Vorstand auf Betriebsversammlungen berichtet, dass es offene Forderungen gegenüber der Krankenkasse gibt. Es wird lückenhaft, fehlerhaft oder gar nicht dokumentiert. Es wird zu viel geröntgt, die Liegedauer der Patienten ist zu lang usw. Das hat sich bis heute nicht geändert.

Es werden Tag für Tag unzählige Honorarkräfte beschäftigt. Das Geld wird weiterhin mit vollen Händen zum Fenster heraus geschmissen und wir, die schon das



geringste Einkommen haben, sollen diese Misswirtschaft ausbügeln.

Einige Mitarbeiter haben sich nach der Ankündigung des Outsourcings dazu entschlossen, das AKH zu verlassen, ohne zu wissen, was der Sozialplan bringen wird. Der Sozialplan bringt erhebliche Einbußen.

Immer wieder ist zu hören, dass es in den nächsten 5 Jahren zu jährlichen Lohnsenkungen von 8% kommen wird. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn wir bekommen auch kein Weihnachtsgeld, sowie alle weiteren Sonderzahlungen, die aus dem Tarif des öffentlichen Dienstes hervorgehen. Zudem sind wir auch nicht mehr in der VBL, eine Betriebsrente für den öffentlichen Dienst.

Für 2021 ist der Arbeitgeber bereit eine Einmalzahlung von 500 Euro zu leisten. Für 2022 dann noch einmal 250 Euro. Was sich aber nicht ändern wird, ist die Menge der Arbeit. Wir werden das Gleiche tun.

Einige Mitarbeiter werden diesen Weg nicht mitgehen. Der Arbeitgeber schreibt in der CZ, dass es ab dem 01.01.2021 zu keinen Personalengpässen kommen wird, da man das fehlende Personal mit Leiharbeitern aufstocken wird. Woher kommt das Geld, um diese Mitarbeiter zu bezahlen?

Auch ein Abteilungsleiter wird diesen Weg nicht mitgehen und das Haus ebenfalls verlassen. Was dies mit der Abteilung machen wird, ist noch unklar und abzuwarten. Werden weitere folgen?

Vor einigen Jahren fühlten wir uns noch wertgeschätzt und Lob klang ehrlich. Heute ist es einfach Heuchelei.



----- 21.11.2020 -----

Freiheit für Öcalan

Aktivistinnen der Bewegung junger kämpferischer Frauen (TEKO-JIN) haben in der Nähe des Hauptbahnhofes Transparente mit der Aufschrift „Wir sagen NEIN zum Foltersystem! Freiheit für Öcalan“ und „Die Zeit ist gekommen für die Freiheit von Abdullah Öcalan“ aufgehängt. Wie die Aktivistinnen mitteilen, wollen sie im Rahmen der Kampagnen „Wir sagen Nein!“ und „Zeit für Freiheit“ auf die Isolation von Abdullah Öcalan aufmerksam machen und seine Freiheit fordern.

----- 25.11.2020 -----

Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen

Frauen- und feministische Gruppen hielten eine Kundgebung zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen ab. Am Thaeplatz, den sie seit der feierlichen Umbenennung am 8. März „Gertrud-Schröter-Platz“ nennen, versammelten sich gut 60 Menschen.

„Wir leben nicht sicher“, sagt Mila Borkner, „auch heute erleben zahlreiche Frauen Gewalt, hier und weltweit. Ob körperliche oder psychische Angriffe, ob in der Partnerschaft, im Nahumfeld, im Beruf, auf der Straße – das ist inakzeptabel. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Menschen aller Geschlechter und Altersklassen an Tagen wie heute zusammenkommen. Nur zusammen können wir der Gewalt ein Ende setzen!“ Borkner ist Mitglied der feministischen Ortsgruppe „Gemeinsam Kämpfen! Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie“, die gemeinsam mit dem ezidischen Frauenverein „Hêvî – Hilfe für Frauen in Not“ zur Kundgebung aufgerufen hat.

Laut aktuellen Angaben des Bundes-

kriminalamts wurden in 2019 777 Frauen in Deutschland Opfer von -vollendetem oder versuchtem - Mord oder Totschlag, weit mehr als ein Drittel davon im Rahmen ihrer (Ex-)Partnerschaft. Knapp 14.500 Vergewaltigungen und andere sexualisierte Übergriffe gegen Frauen wurden verzeichnet. Allein dies sind fast vierzig pro Tag, durchschnittlich alle 36 Minuten; die Dunkelziffer ist hierbei hoch, vor allem aufgrund der anhaltenden Tabuisierung und deren Folgen. Ansätze zur Lösung können beispielsweise autonome Frauenräume, bedürfnisorientierte Unterstützung von Betroffenen sowie Bildung für Menschen aller Geschlechter sein.

----- 01.12.2020 -----

Klimaschutzmanagerin in Wietze

Seit dem 1. Dezember arbeitet Lena Kollhorst als Klimaschutzbeauftragte im Rathaus der Gemeinde Wietze. Sie soll ein Konzept sowie einen konkreten Maßnahmenkatalog für den Klimaschutz erarbeiten und außerdem Ansprechpartnerin für alle Bürger*innen bei Klimaschutzfragen sein. Kollhorst hat Geoökologie/Umweltnaturwissenschaften an der TU Braunschweig studiert. Die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für die Gemeinde Wietze sowie die Stelle der Klimaschutzmanagerin wird durch den Projektträger Jülich (ptj) gefördert, der im Auftrag von Bundes- und

Landesministerien sowie der Europäischen Kommission Innovationsförderprogramme umsetzt.

----- 01.12.2020 -----

Kurzarbeit

Im April 2020 waren 14,2 Prozent der Beschäftigten - also jede*r Siebte - in Kurzarbeit; im Landkreis Celle waren dies 8.246 Personen. Im März waren es 3.473 (6,0 %), im Mai 7.518 (12,9 %) und im Juni 6.111 (10,5 %). Bundesweit lag die Quote übrigens beim April bei 17,9 %. - Die Kurzarbeiterquote stellt den Anteil der Kurzarbeiter*innen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dar.

Die Höhe des Kurzarbeitergelds beträgt 60 Prozent des ausgefallenen Nettoentgelts; lebt mindestens ein Kind mit im Haushalt, erhöht es sich auf 67 Prozent des ausgefallenen Nettoentgelts. Ab dem vierten Bezugsmonat gibt es eine Erhöhung auf 70 Prozent bzw. 77 Prozent.

----- 12.12.2020 -----

Fahrraddemonstration zu 5 Jahre Paris

Gut 50 Teilnehmende trafen sich am Brückenbauwerk für die Ostumgehung in Westercelle, um von dort aus auf der bis zur Abzweigung Wallach und zurück zu fahren. Aufgerufen hatte attac Celle: „Mit der Veranstaltung weisen wir darauf hin, dass sich das



Pariser Klimaabkommen zum fünften Mal jährt. Damals verpflichtete sich auch Deutschland Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung zu ergreifen um die globale Erhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen, aber auf jeden Fall unter 2 Grad zu halten. Weder das eine noch das andere Ziel sei mit den bisher ergriffenen Maßnahmen erreichbar. Ein Beispiel für das in den Augen des Veranstalters Versagen der Politik seien die Verkehrsprojekte der Vergangenheit, die heute noch weitergeführt werden. Hierfür werden alte, gesunde Wälder und FFH-Gebiete geopfert. Auch Wasserschutzgebiete seien kein Hindernis. Dies nach dem dritten trockenen Sommer in Folge. [...] Auch wenn es viele nicht hören wollen, der Weiterbau der Ostumgehung Celle gehört auch in diese Kategorie.“ Auf Celle bezogen meint attac: „Wir brauchen schnelleren und günstigeren öffentlichen Personen-Nahverkehr, Konzepte Rad-Bahn und Rad-Bus, mehr Mitfahrbänke (natürlich auch wieder aus Celle heraus), mehr carsharing und weitere kreative Ideen.“

----- 13.12.2020 -----

Zukunft Celle

Mit Blick auf die Kommunalwahl haben die Ratsmitglieder Inga Marks, Jörg Rodenwaldt und Ute Rodenwaldt-Blank (alle ehemals SPD) als neue politische Initiative „Zukunft Celle“ ins Leben gerufen. Zu ihren inhaltlichen Zielen teilen die Akteur*innen u.a. mit, dass es ihnen „um konsequente Wege zur Energie- und Mobilitätswende ebenso wie um Arbeit und Teilhabe von Morgen“ gehe.

----- 13.12.2020 -----

Abgekabelt

Am Wochenende wurden an einem Bagger auf einem Feld am Apfelweg in Altencelle mehrere Kabel durchgeschnitten. Es entstand ein Schaden in nahezu fünfstelliger Höhe.

----- 14.12.2020 -----

Annika in die Offensive

In der Nacht von Montag auf Dienstag haben Aktivist*innen die Zufahrt vom Finkenweg zum Hof Nahtz mit einem Drahtzaun versperrt. An dem Zaun brachten sie ein zwei Meter hohes und sieben Meter langes Plakat an mit der Aufschrift "Nazizentrum dicht ma-



chen - Antifa in die Offensive". Außerdem sägten sie einen Holzmast ab und durchkniffen die Telefonleitung. Die Polizei las statt Antifa erst „Annika“ und verbreitete wie eine Fußballtrainerin bei der Bekanntgabe der Aufstellung: „Annika in die Offensive!“ - Trotzdem ging man von einer politisch motivierten Tat im Zusammenhang mit dem Infostand der NPD am 19.12.2020 aus. Da hat sie wohl recht, die Polizei.

----- 18.12.2020 -----

NPD will Bürgermeister

Für zwei Stunden konnte die NPD in Eschede direkt an der Bundesstraße in Höhe der Einkaufsmärkte einen sogenannten Info-Stand durchführen. Der

Landesvorsitzende der Jungen Nationalisten (JN), Sebastian Weigler, kündigte dabei an, dass die NPD für die Bürgermeister*innen-Wahl im Herbst einen eigenen Kandidaten aufstellen will: den Landesvorsitzende der NPD, Manfred Dammann, der den Hof Nahtz für die Partei erworben hatte. - Mit einer Mahnwache auf der gegenüberliegenden Straßenseite protestierten gut 30 Personen gegen die Neofaschisten.

----- 18.12.2020 -----

Massenquarantäne – großes Kino?

Das Innenministerium beantwortet eine Anfrage der Abgeordneten Susanne Menge und Volker Bajus (GRÜNE) zur „Quarantäne in der Landesaufnahmebehörde Celle“ (Drs. 18/8209). Dabei bezogen sie sich auf eine Stellungnahme des Flüchtlingsrates (wir berichteten in unserer letzten Ausgabe), der kritisierte, dass alle Bewohner*innen unter Quarantäne gestellt wurden. Die Grünen fragten deshalb u.a., wie die Empfehlung des Ro-

bert-Koch-Instituts zur Kohortenbildung zwecks Vermeidung einer Gesamtquarantäne für die ganze Einrichtung umgesetzt worden sei. Das Innenministerium antwortet, dass eine sogenannte Kohortenbildung bei der Unterbringung erfolge, aber: „Aus Sicht des Gesundheitsamts konnte situationsbedingt die Aufteilung und Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner in sogenannten Kohorten nicht mehr sicher nachvollzogen werden, sodass als Konsequenz die Quarantäne für alle Bewohnerinnen und Bewohner angeordnet wurde.“ Ende November war Betriebsleiter Dirk Nothdurft in einer Sitzung des Betriebsausschusses der Zuwanderungsagentur, die seitens der Stadt Celle die Einrichtung betreibt, noch volles Lobes für den Verlauf der Quarantänemaßnahmen und wurde in der CZ mit dem Satz zitiert: „Das war großes Kino“. Die Frage, warum es dazu kommen konnte, blieb im Ausschuss eher unbeantwortet.

----- 18.01.2020 -----

Weiter Wendt

Kirsten Lühmann, SPD-Bundestagsabgeordnete, unterliegt gestern bei der Wahl zum Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft. Rainer Wendt, der seit 2007 Vorsitzender ist, bleibt damit im Amt.



#ZeroCovid - mal alles dichtmachen?



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Wieso hat die Linke eigentlich nichts Relevantes zur Pandemiebekämpfung zu sagen?

Der lange Lulatsch: Meinst du die Partei oder die mehr oder weniger autonome Linke.

Die Dicke: Beide.

Der Besserwesser: Die einen haben zu viel Verständnis für den Staat und die anderen zu wenig Verständnis vom Staat.

Oma Lilo: Stimmt, wer auf die Regierungsbänke will, setzt sich die Staatsbrille auf und denkt Kritik vor allem von da, stellt sich also die Frage: Was hätten wir genauso oder anders gemacht als Regierung?

Die Dicke: Aber auch das ist im Ergebnis ja eher Magerkost. Nach einem Jahr fällt einem führenden Repräsentanten auf, dass die große Industrie kaum vom Lockdown betroffen ist und fordert: Die müssten jetzt aber auch mal dichtmachen.

Der lange Lulatsch: Echt blöd, dass sich Autos nicht im Garten zusammenschrauben lassen und Küchen nicht zu Tetra-Pack-Füllbändern umrüsten lassen.

Oma Lilo: Deshalb gibt's jetzt ja die Initiative „#ZeroCovid“.

Klein Jonas: Finde ich gut. Dann hat's vielleicht endlich ein Ende.

Der lange Lulatsch: Das wäre der Zweck. Sie sagen: „*Wir brauchen jetzt einen radikalen Strategiewechsel: kein kontrolliertes Weiterlaufen der Pandemie, sondern ihre Beendigung. Das Ziel darf nicht in 200, 50 oder 25 Neuinfektionen bestehen – es muss Null sein.*“ Und das mit einem Shutdown, der auch die industriellen Arbeitsplätze einschließt.

Oma Lilo: Aber das ist ja schon – schauen wir uns die Erstunterzeichner*innen an – eine linke Antwort..

Die Dicke: Linke Funktionsträger*innen sind aber nur wenige dabei.

Oma Lilo: Ja. Linke Antwort – das meine ich auch inhaltlich, da der Aufruf auch darauf abzielt, die Gesundheitsinfrastruktur auszubauen, die Impfstoffe zum globalen Gemeingut zu machen und das alles mit einer Abgabe für Reiche zu finanzieren.

Der Besserwesser: Ich würde bezweifeln, dass dieser Vorschlag es in die Talk-Shows schafft.

Oma Lilo: Vor allem nicht hinsichtlich der Frage, wer's bezahlen soll.

Die Dicke (an den langen Lulatsch gewandt): Und deine Leute?

Der lange Lulatsch: Was heißt: Deine Leute?

Die Dicke: Naja – Altautonome, Antifas, Seebücke.

Der lange Lulatsch: Sie lassen sich immerhin nicht einschüchtern, sondern machen weiter ihre Aktionen.

Klein Jonas: Aber einen Plan gegen die Pandemie habt ihr nicht oder auch nur eine Diskussion.

Der lange Lulatsch: Es gibt eine neue „arranca!“ zum Thema „Kampf um die Gesundheit“.

Der Besserwisser: Aber da steht nicht wirklich was Neues drin, oder?

Die Dicke: Immerhin stehen sie auf der Straße gegen die Corona-Leugner*innen.

Oma Lilo: Habt ihr die Studie mitbekommen zu der bunten Welt der Querdenker*innen?

Der lange Lulatsch: Was war das nochmal? Uni Basel?

Oma Lilo: Es war eine Stichprobenanalyse, an der sich 1150 Corona-Kritiker*innen beteiligt haben. Nicht repräsentativ, aber spannend, weil es unsere Vorurteile nicht bestätigt. Kurz zusammengefasst: Die geantwortet haben, waren eher gut gebildet: 34 % haben eine abgeschlossenes Studium, 65 % haben Abitur. Sie zählen sich je ein Drittel zur unteren bzw.- oberen Mittelschicht. Interessant ist die Parteienpräferenz: Bei der letzten Bundestagswahl, so sagten 23 %, hätten sie den Grünen ihre Stimme gegeben. 18 % haben ihr Kreuz bei der Linken gemacht - und 6 % bei der SPD. Also fast eine Mehrheit für grün-rot-rosa.

Die Dicke: Und wieviel bei der AfD?

Oma Lilo: 15 %. Gefragt, wen sie bei der kommenden Bundestagswahl wählen, ist aber die AfD die einzige Partei, die zulegen kann: auf 27%. Grüne, SPD und CDU sind bei der Frage völlig unten durch. Linke und FDP kämen gerade noch so ins Parlament.

Die Dicke: Und was wählen die anderen?

Oma Lilo: Unter den vielen Kleinstparteien, die genannt wurden, schneidet eine am Besten ab, die wir gar nicht kennen. Sie trägt den Namen „Die Basis“.

Der Besserwisser: Auswirkungen wird's keine haben.

Oma Lilo: Das nicht. Aber ist doch merkwürdig: Mehr als zwei Drittel sind anscheinend keine Nazis.

Der lange Lulatsch: Finden aber nichts dabei, mit ihnen zu demonstrieren.

Oma Lilo: Ich zitiere mal aus der Zusammenfassung: *„Insgesamt sind Querdenker:innen, soweit sie an unserer Erhebung teilgenommen haben, weder ausgesprochen fremden- oder islamfeindlich [...] Eine Mehrheit der Befragten ist nicht der Auffassung, dass auf Minderheiten in unserem Land zu stark Rücksicht genommen wird – was häufig ein eher rechter Topos ist. [...] Der Nationalsozialismus wird seltener verharmlost als in der Gesamtbevölkerung, es finden sich kaum sozialdarwinistische Haltungen und eine große Mehrheit will es Menschen aus anderen Ländern erlauben, ins Land zu kommen und dauerhaft hier zu leben. Mehr als 70% sind gegen eine Privatisierung der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen, nur 28% gegen die Umverteilung der Einkommen.“*

Der lange Lulatsch: Und warum kommen sie mir vor wie esoterische Trottel?

Oma Lilo: Weil sie das eben auch sind: Über 60 % stimmen der Ansicht zu, unsere natürlichen Selbstheilungskräfte seien stark genug, um das Virus zu bekämpfen. Und 60 % meinen, dass die Gates-Foundation eine Zwangsimpfung für die ganze Welt will. – Und 94 % finden, dass der Staat uns immer mehr bevormundet.

Der Besserwisser: Leider dürfte nicht mal das ein halbwegs vernünftiger Ausgangspunkt für eine Staatskritik sein.



Der Fairteiler – auf dem Großen Plan

Seit Mitte Oktober schon steht der Fairteiler der Food-saving-Initiative auf dem Großen Plan. Damit gibt es endlich auch in Celle die Möglichkeit, rund um die Uhr gerettete Lebensmittel zu bekommen oder abzugeben.

Beim Fairteiler handelt es sich um einen umgebauten Fahrradanhänger. Der Hinweis „Lebensmittelrettung – bitte sauber halten“ ist gleich in acht Sprachen angebracht. Das Prinzip wird ebenfalls kurz erklärt, ist aber auch denkbar einfach: Nimm dir so viel Lebensmittel heraus, wie du brauchst. Kostenlos. Bedingungslos. Halte alles sauber – nicht nur wegen Corona.

Und natürlich können auch Lebensmittel hineingestellt werden, wenn sie noch essbar sind: Alles was, nicht mehr selbst aufgebraucht werden kann oder abgegeben werden soll, zum Beispiel selbst gekochte Marmelade oder bald ablaufende Lebensmittel.

Die meisten von Foodsaving angebotenen Lebensmittel sind vor der Mülltonne gerettet. Sie wären von den Supermärkten und Bäckereien, von denen sie stammen, sonst weggeworfen worden. Zum Beispiel, weil sie das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten haben oder in Form und Aussehen nicht mehr der Norm entsprechen. Daher gelten sie als nicht mehr verkaufbar.

Die Initiative Foodsaving Celle wurde vor etwas über einem Jahr gegründet. Sie sammelt Lebensmittel ein und

verteilt sie. Vor der Pandemie gab es noch ein regelmäßiges „Dinner for all“, bei dem alle Interessierten zum gemeinsamen Kochen und Essen im Bunten Haus eingeladen waren. Seit dem ersten Lockdown wurde Foodsaving schnell bekannt, da sie auch dann zweimal wöchentlich eine Lebensmittelausgabe anboten, als die Celler Tafel coronabedingt geschlossen hatte.

„Uns geht es in erste Linie darum, die Lebensmittel vor der Tonne zu bewahren“, sagt Nina Singer, die die Initiative mit gegründet hat. Gerade die Nutzenden der Celler Tafel seien anfangs sichtlich erleichtert gewesen, dass bei der Lebensmittelausgabe keine Bedürftigkeitsbescheinigung vorgezeigt werden muss. „Es ist für unsere Gesellschaft beschämend, dass so etwas Erniedrigendes bei anderen Ausgabestellen verlangt wird – zumal auch dort oft noch Lebensmittel übrig bleiben.“

Neben dem ökologischen Aspekt der Lebensmittelrettung, geht es vielen in der Initiative auch um eine Kritik an bestehenden Verhältnissen: „Die Mülltonnen sind voll mit Nahrungsmitteln, weil die Regale in Supermärkten immer voll sein sollen, damit wir auch ja zig verschiedene Produkte einer Sorte zur Auswahl haben. Auf der anderen Seite gibt es immer noch viele Menschen, ob nun in Deutschland oder anderen Teilen der Welt, die Hunger leiden oder sich vernünftige Lebensmittel nicht leisten können. Das ist unsere Perspektive der wirklichen Veränderung – das Foodsaving ist nur eine Symptombekämpfung.“

Die Lebensmittelausgaben im Bunten Haus mittwochs von 18:30–19:00 und samstags von 15:00–15:30 Uhr werden gut angenommen. Da es trotzdem oft noch Reste gibt, ist der „Fairteiler“ eine sinnvolle Ergänzung dieses Angebots.

Alle sind herzlich eingeladen ihn zu nutzen oder auch bei der Foodsaving-Initiative mitzumachen.

www.instagram.com/foodsavingcelle/



Die Handyaktion Niedersachsen – Weltladen ist dabei!

Der WELTLADEN ist eine der Orte, wo im Rahmen der Handyaktion alte, gebrauchte Handys abgegeben werden können. Mit den Erlösen aus der Sammelaktion werden Menschenrechtsprojekte unterstützt.

Das Ziel der Handyaktion ist außerdem die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Handykonsums und der Handyproduktion. Weitere Informationen finden sich unter <https://www.handyaktion-niedersachsen.de/handys-sammeln>.

Wo bleibt das Lieferkettengesetz?

Für das geplante und angekündigte Lieferkettengesetz, das Unternehmen und ihre Zulieferer zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichten soll, gibt es auch nach siebenmonatigen Verhandlungen keine Einigung. Der Streit in der Bundesregierung über ein Lieferkettengesetz dauert an.

Die Kabinettsvorlage der Minister Heil und Müller wurde immer wieder von der Tagesordnung des Kabinetts abgesetzt.

Kanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Peter Altmaier stehen weiter auf der Bremse, weil Lobbyverbände der Industrie versuchen, eine gesetzliche Regelung zu verhindern.

Die guten Vorschläge der Minister Müller und Heil liegen seit langem auf dem Tisch. Die bekannt gewordenen Eckpunkte zeigen, dass auf Unternehmen einige gewichtige Pflichten zukommen werden: die Einrichtung eines Risikomanagementsystems, vertragliche Verpflichtung entlang der Lieferkette, transparente Berichtspflichten, die Einrichtung eines Beschwerdesystems und – nicht zuletzt – Bußgeld- und Haftungstatbestände.

Die Haftungsfrage ist wichtigster Streitpunkt

Deutsche Unternehmen verletzen in ihren weltweiten Geschäften immer wieder grundlegende Menschenrechte, schädigen die Umwelt und können nicht von den Betroffenen belangt werden. Hier setzt die Haftungsfrage an, damit skrupellose Geschäftspraktiken sich nicht länger lohnen können.

Das Gesetz soll am Ende bewirken, dass deutsche Unternehmen auch bei ihren ausländischen Geschäftspartnern auf die Einhaltung von Menschenrechten und Mindeststandards achten. Egal, ob es um die Einfuhr von Kobalt für die E-Auto-Batterie oder das Schneidern einer Jeans in pakistanischen Textilfabriken geht.

Dass diese Sorgfaltspflicht aber auch vor Zivilgerichten einklagbar sein soll, davor will das Wirtschaftsministerium die deutschen Firmen verschonen.

Laut Arbeitsminister Heil müsse es aber wirksame Rechtsfolgen geben, wenn der Schutz der Menschenrechte nicht ausreichend gewährleistet sei. Er wolle „ein wirksames Gesetz und kein Placebo“, so der Arbeitsminister. Die Frage, wie die Einhaltung des Gesetzes kontrolliert und sanktioniert werde, ist entscheidend für das ganze Gesetz. Ein Gesetz, das nur Berichtspflichten vorsehe, wolle er nicht. Minister Müller ist mit ihm auf einer Linie.

Beim Streit darum, ab welcher Unternehmensgröße das Gesetz gelten soll, sieht Heil wiederum Möglichkei-



ten für einen Kompromiss. Bislang hatten Heil und Müller vorgesehen, dass große Firmen mit mehr als 500 Beschäftigten unter das Lieferkettengesetz fallen. Altmaier will ab einer höheren Beschäftigtenzahl (5000) ansetzen.

Nun wollen sich die beteiligten Minister Anfang des neuen Jahres direkt mit Merkel und Scholz zusammensetzen, um nach Lösungen zu suchen, die verhärteten Fronten zwischen den Ministerien aufzuheben.

An dem Ziel, das Lieferkettengesetz in dieser Legislaturperiode zu verabschieden, hält Arbeitsminister Heil fest. Der Koalitionsvertrag in diesem Bereich sei klar formuliert. Unternehmen müssten sich um ihre menschenrechtliche Verantwortung kümmern. „Es geht darum, dass in einer sozialen Marktwirtschaft Profite nicht durch Kinder- oder Sklavenarbeit in anderen Teilen der Welt gemacht werden“, unterstrich der Arbeitsminister. „Also eigentlich eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen.“

In revista 100 wurde über die Initiative Lieferkettengesetz berichtet; mehr Hintergrundinfos unter:

<https://lieferkettengesetz.de>





Bergstraße 38



Bergstraße 38



Bergstraße 38

Neun neue Stolpersteine in Celle

Im November 2020 hat der Kölner Künstler Gunter Demnig neun weitere STOLPERSTEINE in Celle verlegt. Auf HEINZ TAXWEILER haben wir in der revista Nr. Xy aus dem Jahr 2005 bereits hingewiesen. Zu ihm und den anderen Personen gibt die Seite

<https://stolpersteine-guide.de/map>

Auskunft. Zu Eckhart Willumeit haben wir den noch nicht eingestellten Guide-Text auf der nächsten Seite dokumentiert.



Bergstraße 38



Im Kreise 24



Mauernstraße 43



Markt 3



Caroline-Mathilde-Straße 22



Schäferweg 94

Stolperstein für Euthanasie-Opfer

Eckart Willumeit kam am 21. Juni 1928 in Celle zur Welt. Seine Eltern waren Marie Else und der Malermeister Gottlieb Willumeit. Eckart hatte drei ältere Brüder, sowie eine Schwester, von der aber nicht bekannt ist, ob sie älter oder jünger war. Der Vater gehörte bis 1933 als Vertreter der NSDAP dem Bürgervorsteherkollegium an. Nachdem sich die Eltern getrennt hatten, zog die Mutter die Kinder alleine groß.

In der Krankenakte heißt es, dass Eckart Willumeits Aussehen „schon kurz nach der Geburt eigenartig“ gewesen sei. Er habe erst spät angefangen zu laufen und zu sprechen, wird als „entwicklungsverzögert“ und „mongoloid“ beschrieben. Die Schule und auch die Hilfsschule nehmen ihn nicht auf. 1937 ordnet das Celler Gesundheitsamt eine erste amtsärztliche Untersuchung an, das Ergebnis:

„Im ganzen gesehen hat man den Eindruck, daß es noch bildungsfähig ist, jedoch scheint die Mutter nicht in der Lage zu sein, sich derart mit dem Kinde zu beschäftigen, daß davon ein Erfolg zu erhoffen ist. Um einer drohenden vollständigen Verblödung vorzubeugen, halte ich eine Aufnahme in eine entsprechende Anstalt, z. B. Langenhagen, jetzt für dringend erforderlich.“

Am 13. August 1937 wird Eckart Willumeit in die Landes Heil- und Pflegeanstalt Hannover Langenhagen aufgenommen. Seine Mutter hatte nur zögerlich zugestimmt und ihn schließlich persönlich nach Langenhagen gebracht. Zwischen ihr und ihrem Sohn, von einer Krankenschwester unterstützt, entwickelte sich in der Folgezeit ein reger Briefverkehr, der davon zeugt, dass Eckart in Celle ein behütetes, von Fürsorge geprägtes Leben geführt hatte. Die Mutter besuchte ihn regelmäßig, Weihnachten durfte er zu Hause verbringen. In der Krankenakte ist vermerkt, dass Eckart sich gut eingelebt habe, ihm wird „Entwicklungsfähigkeit“ bescheinigt, er besucht nun auch die Schule.

Im März 1938 wird Eckart Willumeit mit anderen Kindern in die Anstalten der Inneren Mission Rotenburg a. d. Wümme verlegt. Er wurde dadurch in seiner Entwicklung massiv zurückgeworfen, sowohl körperlich als auch geistig. Die Mutter kann ihn nicht mehr regelmäßig besuchen, weil Rotenburg nur schwer für sie zu erreichen ist. Auch der Briefverkehr scheint abgerissen zu sein. In Rotenburg erkrankt Eckart zweimal schwer: zuerst eine Lungenentzündung, dann eine Grippe. Nachdem er von den Krankheiten genesen und in eine Außenstelle der Inneren Mission verlegt worden war, besserte sich sein Zustand.

Am 9. Oktober 1941 wurde Eckart Willumeit zusammen mit 129 weiteren Kindern in die „Kinderfachabteilung“ in Lüneburg verlegt. Hier wird er wieder krank. Über seinen Gesundheitszustand erhält die Mutter nur

nichtssagende Mitteilungen. Eckart Willumeit stirbt am 18. Februar 1942. Er wurde 13 Jahre alt. Die offizielle Todesursache lautete „katarrh. Lungenentzündung“. Obwohl Eckart keine seltene Krankheit oder Behinderung hatte, wurde eine Sektion durchgeführt und sein Gehirn entnommen und präpariert. Solches „Forschungsmaterial“ lieferte die Lüneburger „Kinderfachabteilung“ regelmäßig an die Hamburger Universitätsklinik Eppendorf. Hier wurden auch Gehirnschnitte Eckart Willumeits 70 Jahre später wiedergefunden. Die Mutter wird über den Tod ihres Sohnes mit einem knappen Telegramm informiert. Eckart soll auf dem Friedhof der „Heilanstalt“ beigesetzt werden, seine Mutter setzt sich aber erfolgreich für eine Überführung nach Celle ein. In der Bescheinigung für die Überführung ist zu lesen:



„[...] starb in hiesiger Anstalt der Knabe Eckart-Adolf Willumeit aus Celle an katarrh. Lungenentzündung bei Mongoloide Idiotie und bdrs. Hilusdrüsentuberkulose. [...] Der Tod ist nicht durch Gewalteinwirkung eingetreten.“

In Eckart Willumeits Krankenakte finden sich seit seiner Ankunft in Lüneburg nur noch wenige Eintragungen. Das wenige, was sich dort findet, lässt aber mit hoher Wahrscheinlichkeit den Schluss zu, dass Eckart durch eine Überdosierung des Medikaments Luminal ums Leben kam. Wie die meisten seiner Mitpatienten, die nach nur wenigen Monaten in Lüneburg starben. Dass Eckart Willumeit zu „wissenschaftlichen Zwecken“ getötet wurde, ist nicht mehr auszuschließen.

Von Kräften, die am Werke blieben

Es gilt als verpasste Chance, dass die Nachkriegsgründung der Adolf-Reichwein-Hochschule nach nur sieben Jahren 1953 von Celle nach Osnabrück wechselte. Über die Namensgebung nach dem 1944 als Mitglied der Kreisauer Kreises hingerichteten Adolf Reichwein assoziieren viele mit dem Institut zudem etwas Widerständig-Fortschrittliches. Das aber zu Unrecht, wie jetzt Hans-Hagen Nolte in seinem Buch über die Gründergeneration mit dem Untertitel: „Von Kräften, die am Werke blieben“ belegt hat.



nicht zurückgezogen in Dorfschulen verbracht, sondern die Karrieremöglichkeiten des nationalsozialistischen Staates zu nutzen gewusst.

Hans Bohnenkamp etwa, der Gründer und Institutsdirektor, war im Oktober 1933 SA-Mitglied geworden, wo er es bis zum Obersturmführer brachte. Als die NSDAP nach ihrem Aufnahmestopp ab 1937 wieder Mitglieder aufnahm, war der Pädagoge sofort dabei. Das Ritterkreuz für den Dienst am Vaterland in Stalingrad zeugt dann sogar von einer militärischen „Karriere“. Zivil war Bohnenkamp bruchlos Professor an den Hochschulen für (Volksschul-)Lehrerbildung in Elbing und Cottbus.

Von den zehn Lehrkräften des ersten Semesters waren einzig Margarete Brinkmeyer und der Musikpädagoge Fritz Schmidt keine Parteigenossen, letzterer aber vor dem in Celle Leiter der HJ und BDM-Spielschar.

Ausführlich Erwähnung findet auch der zweite Celler im Gründungskollegium: Heinrich Pröve. Der in Wathlingen geborene Bauernsohn wurde nach Schuldienst und Promotion 1934 Schulrat im Landkreis Celle. Parteimitglied seit 1933, stellte er sich engagiert in den Dienst der nationalsozialistischen Sache, zum Beispiel mit der Herausgabe des im ganzen Reich verbreiteten Lesebuchs „Dich ruft Dein Volk“. So war es vielleicht nicht wirklich überraschend, dass Pröve nach nur einem Semester von den Briten suspendiert wurde. Unverständlich aber für bestimmte Milieus, so dass die Cellesche Zeitung

entschieden auf die Wiedereinsetzung des „verdienten Schulmannes“ drängte. Mit Erfolg – ab 1949 war Pröve wieder dabei als Schulrat und Lehrbeauftragter. Und auch die Schulbuchverlage öffneten dem Erfolgsautor wieder ihre Türen. Nach seinem Tod erhielt die Kreismittelschule in Winsen den Namen „Heinrich-Pröve-Realschule“.



Prof. Helmut Kittel (li.) und Prof. Hans Bohnenkamp

Nolte verweist neben der Parteigenossenschaft auf eine andere Verbindung der Gründergeneration: Viele waren der Jugendbewegung und damit auch der Schulreformbewegung der Weimarer Republik verbunden. Hierüber hatten sich Bohnenkamp und Reichwein befreundet, was zur Namensgebung geführt hatte. Die dort geknüpften Netzwerke – so Noltés These – spielten bei der Rekrutierung des Personals genauso eine Rolle wie bei der pädagogischen Ausrichtung.

Die ambivalente Verknüpfung von Jugendbewegung und völkischem Denken findet sich in gewisser Weise dann auch in dem Schulversuch der „Jena-Plan-Schule“ an der Altstädter Schule, die der Verzahnung von Theorie und Praxis dienen sollte. Nolte beschreibt die pädagogische Bewegung der Weimarer Republik und beleuchtet am Beispiel des „Vaters“ der „Jena-Plan-Schulen“, Peter Petersen, gleichzeitig die offene Flanke zu nationalsozialistischem Denken. So lässt sich in Frage stellen, ob dieses anscheinend kinderfreundliche Modell auf Emanzipation zielt oder die Eingliederung in eine Volksgemeinschaft.

Über den Celler Schulversuch wie über die Inhalte der Vorbereitung der Studierenden auf das Amt des/der Volksschul-Lehrerin findet sich bei Nolte wenig, so dass in gewisser Weise offen bleibt, ob und wie weit sich das Personal der ersten Stunde wandeln wollte oder musste. Dass sie mit der von den alliierten Siegern bevorzugten Einheitsschule nichts zu tun haben wollten, ist immerhin ein Fingerzeig.

Hans-Hagen Nolte: Adolf-Reichwein-Hochschule Celle (1946-1953). Von Kräften, die am Werke blieben. epubli Berlin 2021, 236 Seiten, ISBN 9783753122182, 13,80 EUR

Trauma und Zeugenschaft

1779 wird der Theaterautor des Sturm&Drang Jacob M.R. Lenz („Die Soldaten/Vorteile der Privaterziehung“) - als der Welt und sich selbst abhanden gekommen - von seinem Bruder zum Zwecke der geistigen Gesundung in die Livländische Heimat geholt; den Weg von Süddeutschland nach Lübeck legen die Beiden zu Fuß zurück.

Stephan Lohse (geb. 1964 in Hamburg, gelernter Schauspieler) lässt in seinem zweiten, 2020 erschienenem Roman einen Johann und dessen Bruder Paul eine Wanderung vom niedersächsischen Altensalzkoth in das niederländische Bergen unternehmen - immer entlang des 52. Breitengrades.

Die Brüder hatten einander jahrzehntelang nicht gesehen; Paul – ein Mutist, also ein ins Schweigen verfallener Mensch – hatte in Altensalzkoth zahlreichen Hühnern den Kopf abgeschlagen, war aufgefunden und von den ratlosen Behörden seines Schweigens wegen in eine Einrichtung der Psychiatrie verbracht worden; er war von der Person des NS-Verbrechers A. Eichmann besessen, welcher sich in den Jahren 1946-50 in dem Dorf Altensalzkoth versteckt gehalten hatte.

Vom Prozess gegen Eichmann in Israel hatte 1961 unter anderem der niederländische Autor Harry Mulisch berichtet – der hatte seinerzeit die Idee, ein Foto des Eichmann, dessen Gesicht durch einen Motorradunfall leicht entstellt war, mittenzwei zu schneiden und die „gesunden“ und die „kranken“ Hälften zu spiegeln. Mulischs kluge Frage lautete anschließend: Welches Gesicht wir wohl sehen, wenn wir uns die beiden Spiegelungen anschauen – den Täter, das „wahre“ Gesicht? Jedenfalls aber einen Zeugen.

Auf dem „Roadtrip“ von der Psychiatrie in Celle über Belsen, Hodenhagen, Vechta u.a. bis zur holländischen Nordsee erfahren wir mehr über das Verhältnis dieser so unterschiedlichen Brüder, die immerhin aber den prügelnden und religionskranken Vater gemeinsam haben. Und die Sehnsucht nach der Mutter, die die Familie verlassen hatte und so der Enge aus Eigenheim, Drogerie und Gottesdiensten entkommen konnte. Paul war Zeuge geworden, wie der Vater den jüngeren Bruder wiederholt schlug – auch für ihn als Zeugen der Misshandlung ein Trauma – der Geschlagene könnte immerhin geweint haben. Verständigen kann Paul sich mit dem jüngeren Bruder vermittelt eines ganzen Konvoluts vorgefertigter Zettel, altvertrauter brüderlicher Gesten und Berührungen, kurzen Notizen, sowie einer Art Kinderspielzeug, dem Wunderblock, einer stets neu wiederbeschreibbaren Tafel, die schon S. Freud zu einer Reflexion über das Erinnern veranlasste hatte. Und während der Reise der Brüder erfahren wir mehr über das Nachsinnen Pauls, der an der Uni immerhin einen guten Job hat und in diesen Zeiten von Smartphone und PayPal recht gut zurechtkommt. Wir lernen, wie andererseits Johann sich in der Welt der zwischenmenschlichen Beziehungen eingerichtet hat, – im besetzten Berliner K36 und auch dem Treff SO 36 mit wechselndem Erfolg und Behagen. Es scheint dann ein Leitmotiv Lohses auf: Es ist zu allen Zeiten ein Risiko für die Menschen, sich auf ein Gegenüber einzulassen. Die Begegnung mit dem Du ist ein Wagnis, manchmal bedrohlich; - zuweilen ist sie traumatisch.

Manchmal – immerhin gelingt hier am Ende der Bruderreise eine Befreiungsaktion: - ein Glück.

GEPUNKT

Stephan Lohse: Johanns Bruder –
Roman. Suhrkamp Verlag Berlin
2020. 343 Seiten, ISBN: 978-3-518-
42959-4, 22,00 €



Immer noch selbstverwaltet und unkommerziell

??: Anfang Februar wolltet ihr euer 25-jähriges Jubiläum feiern. Da macht euch die Pandemie einen Strich durch die Rechnung. Wie seid ihr durch das letzte Jahr gekommen?

!!: Wenn's geht, machen wir vielleicht noch einen kleinen Empfang auf dem Hof; aber ist ja eher unwahrscheinlich. Das letzte Jahr war für uns wie für alle soziokulturellen Projekte und die ganze Kulturszene schwer. Dabei haben wir es im Vergleich sogar ein bisschen einfacher. Wir mussten keine Mitarbeiter*innen in Kurzarbeit schicken, weil wir keine bezahlten Mitarbeiter*innen haben. Nur ist unser Freiraumkonzept selbstverständlich darauf angewiesen, dass die Räume genutzt werden können – und das war über weite Strecken des Jahres nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich.

??: Wie haben sich bei euch die Pandemie-Einschränkungen finanziell ausgewirkt?

!!: Wir haben 2020 unterm Strich ein Minus von rund 6000 Euro. Wir haben, was ja kaum jemand weiß, hohe Festkosten. Unsere Energiekosten liegen bei 9000 Euro, wovon laut Mietvertrag 5000 von der CD Kaserne übernommen werden, dazu kommt aber weiter die Brandschutzwartung, die mit rund 1500 Euro zu Buche schlägt, eine Versicherung über 700 Euro, dazu Abfallgebühren, Telekommunikation, usw. - alles zusammen liegen die Festkosten bei über 8000 Euro.

??: Wie spielt ihr die Kosten eigentlich normalerweise ein?

!!: Relevante Überschüsse machen wir nur mit Partys, aber die gibt's eben seit einem Jahr nicht mehr. Und be-

vor die sogenannte Herdenimmunität erreicht ist, wird das auch nicht wieder möglich sein – also frühestens im Herbst.

??: Könnt ihr von den Förderprogrammen profitieren?

!!: Überraschenderweise ja. Im Rahmen der sogenannten Dezemberhilfe der Bundesregierung werden wir wahrscheinlich 75 % des Umsatzes vom Dezember 2019 als Hilfe bekommen, d.h. rund 3.700 Euro.

??: Wie bürokratisch war das?

!!: Am Schwierigsten war herauszufinden, ob wir überhaupt einen Anspruch haben. Da gab es unterschiedliche Auskünfte. Und natürlich ist es für uns auch eine Herausforderung, uns ehrenamtlich mit diesen Anträgen auseinander zu setzen. Das bedeutet für einige von uns einiges an Büroarbeit.

??: Mal weg vom Finanziellen. Was bedeuten die Pandemie-Einschränkungen ansonsten für euch?

!!: Wir haben schnell ein Hygiene-Konzept erarbeitet, so dass im Sommer und Herbst noch ein bisschen was ging. Unsere Halle und unser Kreativraum sind so groß, dass Initiativentreffen und auch unser Hausplenum unter Einhaltung der Abstandsregeln möglich waren. So gab's dann sogar auch einige kleinere politische bzw. Film-Veranstaltungen und ein bestuhltes Jazzkonzert. Solange der Einzelhandel öffnen durfte, hatte auch der Umsonst-Laden zweimal in der Woche die Tür auf. Und die Food-Saving-Verteilung, die mit Abstand und auf dem Hof läuft, hat im ersten Lockdown sogar eine Lücke gefüllt, weil die Tafeln da geschlossen waren. Aber alles, was alltägliche Begegnung ist und was uns als Kommunikationszentrum auch ausmacht, ist halt flach gefallen.

??: Trotzdem gab es ja im vergangenen Jahr etliche öffentliche Aktionen von Gruppen, die sich im Bunten Haus treffen.

!!: Ja klar. So waren Gruppen wie die feministische Organisation „Gemeinsam Kämpfen – für Selbstbestimmung und Autonomie“ sehr aktiv – zuletzt noch am 25. November zum Tag gegen Gewalt an Frauen. „Rheinmetall Entwaffnen“ hat im ersten Lockdown eine Fahrraddemo gemacht und attac im zweiten Lockdown. Nur fehlt einer Kundgebung, auf der die Abstandsregeln eingehalten werden, ihr sozialer Charakter – also die ganze Nebenkommunikation.

??: Was hat sich im letzten Jahr noch so getan bei euch?

!!: Es haben sich tatsächlich neue Initiativen entwickelt oder bestehende ausgebaut. So ist das Foodsaving zu einem festen Bestandteil geworden, wo sich viele motivierte Menschen einbringen und damit sowohl sozial als auch ökologisch aktiv werden. - Mit Beeten und Sitzge-



legenheiten haben wir auch den Außenbereich ein bisschen aufgewertet.

?: Kaum jemand hätte vor 25 Jahren geglaubt, dass es das Bunte Haus so lange geben wird. In den ersten 10, 15 Jahren gab es viele Anfeindungen. Wie kommt's, dass das Zentrum heute doch ein ziemlich selbstverständlicher Teil von Celle ist?

!: Im schlechten Fall Gewohnheit, im besten Fall eine Akzeptanz von selbstverwalteter Sozio-Kultur und dem zivilgesellschaftlichen Biotop, das dazugehört. Aber wahrscheinlich auch einfach die Notwendigkeit, dass die Gesellschaft Räume braucht, wo Leute sich auszuprobieren und zusammenkommen können.

?: Was hat sich nicht geändert in den letzten 25 Jahren?

!: Es gibt immer Veränderungen, weil Gruppen und Projekte sich auflösen oder entstehen. Halt ein lebendiger Wechsel in den Jahren. Insgesamt ist das Zentrum immer noch selbstverwaltet, unkommerziell und hat ein Freiraumkonzept.

?: Das mal im Einzelnen. Selbstverwaltet ist auch ein Kleingartenverein. Was unterscheidet euch.

!: Wir sind auch ein gemeinnütziger eingetragener Verein mit Vorstand. Das wichtigste Gremium ist aber das regelmäßig tagende Plenum. Hier wird im Konsensprinzip alles entschieden, was anliegt. Das ist seit Beginn so, nur dass es heute zur Bitternis der Altautonomen ein Rauch- und Alkoholverbot gibt. Und aus dem Plenum heraus werden verschiedene Zuständigkeiten delegiert, also z.B. für Kasse, Getränkeeinkauf, Schlüsselverwaltung. Das alles ist – wie es in der Vereinswelt genannt wird: ehrenamtlich, bei uns nicht mal mit einer Aufwandsentschädigung.

?: Und was ist das Deli-Plenum?

!: Von Gruppen, die irgendwas im Haus machen oder es nutzen, wird erwartet, dass jeweils eine delegierte Person am ersten Donnerstag im Monat auf das Plenum kommt. Weil ja alle Fragen, Probleme oder Erfolge nicht mit einer Chefetage kommuniziert werden können, sondern gemeinsam besprochen werden sollten.

?: Wer für seine Initiative einen Raum braucht, muss sich also dafür auf dem Plenum das Okay holen?

!: Richtig. Das ist auch wichtig für das Verständnis. Jede Initiative, die sich im Zentrum trifft, verantwortet ihre Arbeit eigenständig. Das Bunte Haus an sich ist keine politische Initiative im engen Sinn. Wir beteiligen uns als Buntes Haus zwar z.B. an der Initiative „Die Vielen“, aber das Plenum hat keine konkrete politische Agenda, sondern dient eher dem Informationsaustausch. In der Öffentlichkeit wird das zum Teil immer



noch falsch wahrgenommen – Beispiel: Nach einer Demo in Eschede hieß es, dass das Bunte Haus ja auch gut vertreten war. Das ist aber Quatsch, weil die Leute nicht als Buntes Haus dabei waren, sondern als Privatmenschen oder Teil einer Initiative.

?: Aber das Bunte Haus ist doch nicht unpolitisch?

!: Nein natürlich nicht, es steht für konsequente basisdemokratische Selbstverwaltung und für gesellschaftliche Emanzipation. Aber die Meinungen sind trotzdem sehr vielseitig und wir sind uns längst nicht einig in vielen Punkten.

?: Okay – der nächste Aspekt: Unkommerziell.



Früher war mehr Punk



!!: Vielleicht lässt sich das so am Besten erklären: Jede normale Gastronomie ist den Marktgesetzen und der Konkurrenz unterworfen und strebt nach Gewinn oder wenigstens der Einkommenssicherung der jeweiligen Betreiber*innen. Wir zielen mit dem Getränkeverkauf bei Veranstaltungen – insbesondere bei Partys – nur darauf ab, die Überschüsse zu erzielen, die wir zum Ausgleich der Betriebskosten brauchen. Und auch bei Konzerten geht es uns beim Eintritt nur darum, die Kosten zu refinanzieren. Vor allem soll das Ganze sozial niemand ausschließen. Das berücksichtigen wir bei den Getränke- und Eintrittspreisen, die deutlich niedriger sind als anderswo. Das ist dann mit Blick auf die ganze Stadt auch die Nische, die wir besetzen.

?: *Und niemand im Zentrum selbst bekommt Geld oder eine Aufwandsentschädigung?*

!!: Genau. Aber es gibt Sachen, die niemand machen kann, weil's dafür Profis braucht, Beispiel: Steuerberatung oder Brandmeldewartung. Das muss selbstverständlich bezahlt werden.

?: *Letzter Punkt: Freiraumkonzept.*

!!: Das lässt sich vielleicht gut bei der Kultur erklären. Das Bunte Haus selbst macht normalerweise keine Veranstaltung, sondern wir ermöglichen mit der Zur-Verfügung-Stellung von Raum, Technik und Know-How die Durchführung eines Konzerts oder einer Party. Beispiel: Eine Band will ein Konzert machen und dazu auch zwei befreundete Bands aus anderen Städten einladen. Auf dem Plenum werden dann das Datum und der Eintrittspreis geklärt. Letzterer ist abhängig von den voraussichtlichen Kosten, also Fahrtkosten, Catering, Gema, Flyer. Und dann muss aus dem Plenum jemand gefunden werden, die/der Verantwortung übernimmt für Technik, für Theke und Kasse. Wir machen nicht Kultur, sondern ermöglichen Kultur.

?: *Wer nutzt das Haus eigentlich gerade, wenn's keine Einschränkungen gibt?*

!!: Es gibt Bands die den Probenraum und das kleine Aufnahmestudio nutzen, Umsonst-Laden, Food-Saving, die Impro-Theater Gruppe „Ja genau!“ - dann etliche politische Gruppen wie LIST, Gemeinsam Kämpfen,

Rheinmetall entwarnen, FFF, attac, eine antifaschistische Gruppe ... bestimmt haben wir gerade eine vergessen. Und dann gibt es immer wieder themenspezifische Treffen z.B. zu Awareness, ökologischen Fragen oder Kurdistan.

?: *Wie wollt ihr das Jubiläum feiern?*

!!: Dazu gibt's eine Arbeitsgruppe aber noch keine Ergebnisse. Im Sommer feiert ja auch die CD Kaserne dieses Jubiläum, da werden wir uns in irgendeiner Form beteiligen.

?: *Wie ist das Verhältnis zur CD-Kaserne, die ja eure Vermieterin ist?*

!!: Das läuft weitgehend konfliktfrei, weil beide Seiten gelernt haben, die jeweiligen Interessenlagen und Bedingungen der anderen Partei zu respektieren. Dazu kommt: Der Geschäftsführer der CD-Kaserne, Kai Thomsen, hat ein Verständnis von und für Sozio-Kultur, was Projekte wie das Bunte Haus ausdrücklich einschließt. Da er in Celle zudem wohl der beste Kenner der Förderlandschaft ist, erhalten wir immer wieder gute Hinweise und auch praktische Unterstützung bei der Antragstellung.

?: *Letzte Frage: Was geht im Pandemiejahr Zwei?*

!!: Wir hoffen darauf, dass aus der Gesellschaft heraus das Bedürfnis nach Kommunikation wächst. Dafür wollen wir den Raum bieten, indem wir z.B. die etwas abgewrackte Kneipe zu einem alltagstauglichen Café-/Kneipenraum umgestalten. Kulturell wollen wir uns am sogenannten „Neustart“-Programm beteiligen. An manchen Orten wie Gajah oder Herzog-Ernst geht ja in der nahen Zukunft nichts und die MS Loretta ist weg. Aber in unsere Halle können wir bestuhlt und mit Abstandsregel an die 50 Leute unterbringen. Wir überlegen gerade an Formaten, die hier passen. Bestuhlte Ska- oder Punkkonzerte funktionieren vielleicht nicht so gut. Und wir wollen Leute ansprechen, diese Konzerte dann organisatorisch zu betreuen. Was wir hiermit machen. Meldet euch, wenn ihr Lust habt, eine Konzertgruppe zu bilden oder irgendwie mitzumachen.

?: *Und politisch?*

!!: Wenn die Leute sagen, sie wollen ihr altes Leben zurück, dann ist das zwar verständlich. Es wäre aber vielleicht besser darüber hinaus zu denken. Die Pandemie hat die soziale Spaltung in der Gesellschaft sehr deutlich gemacht. Und deutlich geworden ist auch, dass es keine Ausreden mehr gibt, bei der Bekämpfung der Klimakatastrophe. Wäre schön, wenn das Bunte Haus noch mehr der Ort wird, wo das diskutiert werden kann. Und es ist natürlich auch schön, wenn auf die Diskussionen Handlungen folgen – aber das überlassen wir den unterschiedlichen politischen Gruppen und Initiativen.

Eine vierteilige revista-Serie zum Bunten Haus gibt's hier zum download:

<https://www.bunteshaus.de/images/2016.Revista.-.Geschichte.Buntes.Haus.pdf>

Ich bin Greta – oder ...

... muss man Asperger haben, um die Klimakatastrophe ernst zu nehmen?

Die Hetze gegen Greta Thunberg ist allgegenwärtig. Vom gescheiterten freien Unternehmer Christian Lindner („Klimaschutz ist nichts für Kinder“) bis hin zum gehobenen Stammtisch-Zotenreißer Dieter Nuhr, der Greta „mit ihrem stechenden Blick“ unterstellt, als Folge des Klimaschutzes (!) Milliarden Menschen sterben lassen zu wollen. Der Dokumentarfilm „Ich bin Greta“, begleitet Greta seit ihrem ersten (noch) einsamen Schulstreiktag bis hin zur Wutrede vor der UNO. So ist dieser Film eine gute Gelegenheit zu lernen, worum es Greta wirklich geht, nämlich nicht um sich selbst, sondern um den Zustand der Erde als Lebensgrundlage des Menschen.

Der Film beginnt mit Greta im Segelboot auf dem Weg nach New York, während aus dem Off Statements von Leuten zu hören sind, die der Versager Lindner wohl als Profis bezeichnen würde: „Es gibt keine Klimakatastrophe, ein paar Grad mehr könnten uns in Kanada und Russland nur guttun.“ Offensichtlich von einem Politiker, der die Masse seiner Wähler*innen für so blöd hält, dass sie nicht wissen, dass in Kanada bereits die borealen Wälder absterben, während in Russland die Taiga brennt und selbst Erdgas-Anlagen im auftauenden Permafrost versinken. Oder ein anderer Alternativer Lügner: „Der Mensch kann das Klima nicht ändern, das kann nur die Natur.“ Auch dieser Politikasper nimmt an, dass niemand seiner Zuhörer*innen weiß, dass es der Mensch geschafft hat, in nur 150 Jahren ca. 450 Gigatonnen fossilen Kohlenstoff zu verbrennen, zu dessen Bildung die Natur Millionen Jahre gebraucht hat. Der Film erspart sich übrigens – anders als der Autor dieses Artikels – eine Kommentierung all dieser dummdreisten Aussagen von Politikern.

Ja, und dann sieht man die damals 15jährige Greta, die einsam vor dem schwedischen Parlament sitzt. Und ihr Vater erklärt, er und seine Frau wären ursprünglich gegen Gretas Engagement gewesen, aber sie habe ihnen einfach ein Paper mit allen wichtigen Fakten zum Klimawandel vorgelegt und da mussten sie ihre Tochter unterstützen. Was auch nötig war. Denn Greta hatte mit 12 Jahren in der Schule einen Film gesehen über Klimawandel und Artensterben und war so ver-

zweifelt, dass nichts dagegen gemacht wird, dass sie ein Jahr unter Depressionen und Essstörungen litt. Doch dann beschloss sie, sich schlau zu machen und selbst aktiv zu werden. Aufgrund ihres Asperger-Syndroms hat sie Probleme, gleichzeitig mit mehreren äußerlichen Reizen und belanglosen Informationen umzugehen. Zum Smalltalk mit anderen Menschen – sagt sie selbst – ist sie deshalb unfähig. Aber sie hat den großen Vorteil, sich voll und ganz auf eine Sache konzentrieren zu können. Die Frage eines geistig minderbemittelten Journalisten, ob sie sehr unter Asperger leide, beantwortet Greta kurz und bündig: „Ich leide nicht unter Asperger, ich habe Asperger.“ So kann sie stundenlang dicke Bücher und Fachartikel lesen, und wenn sie eine Rede schreibt, ringt sie lange um die exakte Bedeutung jedes Worts. (Da könnten sich viele der Smartphone süchtigen Schnelltipper, Wischer und Toucher – auch unter ihren FFF Fans – eine Scheibe von abschneiden!). Wichtig ist in dieser Situation vor allem ihr Vater, der sie anfangs treusorgend bei allen Reisen begleitet und sie immer wieder an das Essen und Trinken erinnern muss.

Auch sonst musste sich Gretas Familie ziemlich umstellen. Früher machten die Thunbergs ständig Flugreisen und waren im Konsumrausch, heute muss sich die Familie an Greta anpassen. Nicht ganz begeistert konstatiert z.B. der Vater, dass Greta als Verpflegung auf die Reise zur Klimakonferenz nach Katowice nur 25 Dosen bzw. Packungen Baked Bio Beans und Bionudeln mit-



nimmt. (Greta hat übrigens mit ihrer Vorsorge recht: In der Kantine der Klimakonferenz gibt es keine veganen Mahlzeiten). Soviel zum Vorwurf das „arme behinderte Kind“ würde von seinen Eltern manipuliert.

Schon auf der Konferenz in Katowice muss Greta merken, die Politiker wollen sich nur mit ihr „schmücken“. Der Tagungspräsident hat sie nur eingeladen, damit „auch jemand zur Jugend spricht“. Doch statt der Jugend liest Greta den Politiker*innen die Leviten: Sie sei nicht hier, um die Politiker zu bitten, sondern sie aufzufordern, endlich ihrer Verantwortung nachzukommen. Sie macht auch auf die Klimagerechtigkeit aufmerksam: Die Menschen in den armen Ländern wollen ein „besseres Leben“ und deshalb müssten wir in den reichen Ländern beim Klimaschutz vorangehen. Und das gehe nicht mit ständigem wirtschaftlichem Wachstum, auch nicht mit einem angeblich „grünen Wachstum“.

So wird spätestens nach Katowice Greta zur Ikone einer weltweit aufflammenden Fridays for Future Bewegung. Die Kids feiern sie, von „Greta we love you“ und „Greta for President“ bis hin zu "Greta rette die Welt". Oder eine der englischen FFF-Oberaktivistinnen sagt zu ihr „Greta bleibe mutig“. (Da war der Keim des aktuellen FFF-Niedergangs übrigens schon angelegt, vom Personenkult und Hype hin zur lähmenden Frustration.) Doch Greta macht in all ihren Auftritten bei großen FFF Demos klar: „Es sollte sich nicht um mich drehen, sondern es geht um den Klimaschutz.“ Angesichts des weltweit millionenfachen Zulaufs bei den FFF Demos hetzt dann mal wieder ein Politiker: „Die laufen alle einem geistig verwirrten Kinder hinterher, das sieht man schon daran, dass keine Wissenschaftler dabei sind.“ Doch der offensichtlich taube und des Lesens unkundige alte weiße Mann übersieht: Seit 50 Jahren fordern Wissenschaftler*innen dasselbe wie Greta, und sie schließen sich auch sofort als Scientists for Future zusammen, um FFF und die Forderung nach Klimaschutz und Energie-wende zu unterstützen.

Dann darf Greta kurz vor der EU sprechen. Greta bemerkt u.a.: „Die jungen Leute können nicht erst die Welt retten, wenn sie erwachsen sind, sondern damit muss sofort begonnen werden.“ Vom grenzdebilen EU-Präsidenten Juncker wird sie darauf belehrt: „Veränderungen entstehen nur dadurch, dass man kleine Dinge ändert.“ Und dann geht Juncker zur EU-weiten Vereinheitlichung der Klospülungen über. Während der Klimawandel weltweit weiterhin in großen Schritten vorangeht. (Der alte Juncker wird wahrscheinlich tot sein, wenn die Klimakatastrophe voll zuschlägt, und kann sich ein „nach mir die Sintflut“ leisten.)

Nachdem Greta auch noch bei Macron, dem französischen Staatspräsidenten empfangen wurde, warnt sie vor der Umarmungstaktik der Politik. Sie kommt zum Resümee: „Es geht ihnen nur darum, mit meiner Person Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und den Eindruck zu erwecken, sie kümmern sich. Sie spielen nur ihre Rolle und tun als ob, doch in Wirklichkeit machen sie gar nichts.“ Als sie vor dem englischen Parlament spricht, bemerkt

sie angesichts der an ihren Smartphones spielenden Politiker*innen: „Hallo, ist mein Mikrofon aus oder schläft ihr?“

Auch der Papst empfängt sie und erklärt, die katholische Welt unterstütze sie. Doch was hält den Papst eigentlich davon ab, zum „Schutz von Gottes Kreatur“ weltweit mal ein paar Hundert katholische Politiker zu exkommunizieren? Der Katholik Bolsonaro darf jedenfalls weiter mit Gottes Segen den Amazonaswald roden und die Indigenen umbringen und erklärt: „Es ist eine Katastrophe, dass dieses Kind [Greta] so viel Zeit in den Medien bekommt.“ Und Putin erklärt: „Ihr hat niemand erklärt, dass die Welt komplex ist. Die Menschen in den armen Ländern wollen auch Wohlstand.“ Wobei Putin – anders als Greta – unter Klimagerechtigkeit versteht, dass er weiter sein Erdöl und Erdgas exportieren darf, wovon die Hungernden in Afrika allerdings auch nicht satt werden.

Dann macht im Sommer 2019 das „radikale Baby und die Schulschwänzerin“ Greta als eine der Besten den Abschluss an der Gesamtschule (übrigens setzt sie nach einem Jahr Schulpause Ende 2020 die Schule am Gymnasium fort), und sie startet mit dem Segelboot zur Klimakonferenz der UNO nach New York. Natürlich gibt es auch hierzu eine Flut kritischer Kommentare: Die Produktion dieses Segelschiffs und die Logistik dieser Reisevorbereitung habe so viel CO₂ freigesetzt, dass Greta gleich mehrmals mit dem Flugzeug hätte reisen können. Stimmt, doch Greta kontert: „Ich fahre nicht mit dem Segelboot um CO₂ zu sparen, sondern um zu demonstrieren, dass ein klimafreundliches Verhalten des Einzelnen in einer klimazerstörenden Gesellschaft unmöglich ist.“

In New York angekommen, hält sie ihre berühmte „How Dare You“ Rede vor der UNO: „Mit Euren leeren Worten habt ihr mir die Kindheit gestohlen und ich gehöre noch den glücklichen Kindern. Menschen leiden und sterben, ganze Ökosystem brechen zusammen, ein Massenartensterben beginnt und ihr redet über Geld und erzählt Märchen von einem ewigen Wachstum. Wie könnt ihr es wagen!“ Übrigens: Bei Gretas Rede sieht man im Film kurz das Gesicht von Angela Merkel, sie scheint echt betroffen. Als Mensch und Physikerin weiß sie sehr wohl, was wirklich ansteht, aber als Politikerin will und darf sie es nicht wissen. Oder wie Greta ironisch resümiert: „Es wäre gut, wenn jeder ein bisschen Asperger hätte, zumindest wenn es um Klimaschutz geht.“

Wer den Film ansehen möchte: Einfach im Browser nach >> **Ich bin Greta Mediathek** << suchen.

Als Ergänzung lohnt sich ein kurzes Video von Greta zum fünften Jahrestag der Pariser Beschlüsse:

„My name is Greta Thunberg and I am inviting you to be a part of the solution.“

<https://www.youtube.com/watch?v=OYQcCNe-J-g>

Indra Starke-Ottich: Mein Weg aus der Plastikfalle

„Der erste Schritt – und an dem kommt wirklich niemand vorbei – ist die Erkenntnis. Wissen allein genügt nicht. Erst wenn die Erkenntnis gereift ist, dass Plastik ein ernsthaftes Problem darstellt und etwas dagegen unternommen werden muss, ist man auch bereit dafür, Verhaltensweisen zu überdenken und gegebenenfalls zu verändern.“ Indra Starke-Ottich

Plastik ist heute in aller Munde – und das wortwörtlich. In Form kleinster Teilchen, des sogenannten Mikro- und Nanoplastik, lassen sich die Spuren der Wegwerf-Gesellschaft inzwischen in vielen Lebensmitteln nachweisen. Plastik findet sich aber auch in den Böden, auf Gletschern, in der Luft und auf dem Grund der Meere. Plastik, das einmal in die Umwelt gelangt ist, verschwindet dort nicht.

Wir Menschen haben jahrzehntelang so viel Plastik in unsere Umwelt eingebracht, dass es heute nicht einmal mehr möglich ist, ein Glas Wasser zu trinken, ohne dabei Mikroplastik aufzunehmen. Die Teilchen landen in unseren Körper durchs Essen, Trinken und sogar beim Atmen!

Indra Starke-Ottich ist promovierte Botanikerin und forscht am Senckenberg-Institut in Frankfurt am Main. Sie setzt sich für ein harmonisches Miteinander von Mensch und Natur ein. Sie erforscht die Stadtnatur und ihre Veränderungen. Sie ist in der Umweltbildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung engagiert und bemüht sich, auch ihren eigenen Alltag möglichst nachhaltig zu gestalten.

Als Indra Starke-Ottich bei ihrer Feldarbeit als Ökologin immer häufiger auf Plastikmüll stößt, entscheidet sie sich, ihr Leben zu verändern und sich Schritt für Schritt mit weniger Kunststoffen zu umgeben. Gleichzeitig beginnt sie zu recherchieren, um mehr über die Hintergründe zu erfahren und Kunststoffe im Alltag besser vermeiden zu können.

Sie machte sich auf, ihren »Plastik-Ausstoß« zu verringern. Doch der Teufel steckt im Detail und nicht immer sind Kunststoffe so leicht zu erkennen und vermeidbar wie PET-Flaschen und Plastiktüten. Je intensiver sie sich mit dem Thema beschäftigte, desto öfter musste sie feststellen, dass sie trotz ihrer Bemühungen immer noch für viel Plastik in der Umwelt verantwortlich war. Im Alltag lauern Unmengen Plastik-fallen.

Wie man Plastikfallen erkennt und umgeht – dazu will dieses Buch verhelfen. Schrittweise führt die Autorin in das Thema ein und erfasst in 10 Kapiteln Schritt für Schritt Plastikvorkommen in allen Bereichen des Lebens und gibt Tipps und Ideen zur Vermeidung. Anhand zahlreicher Quellenangaben ermuntert die Autorin Leser*innen sich mit dem Thema vertiefend zu beschäftigen.



Sie schildert humorvoll, kenntnisreich und ermutigend ihre jahrelangen Erfahrungen mit all den Hindernissen und Grenzen, mit den Erfolgen und möglichen Alternativen – und will dazu animieren, den eigenen Weg aus der Plastikfalle zu finden. Das Buch will motivieren, im eigenen Alltag etwas zu verändern. Denn in dieser Hinsicht kann wirklich jeder etwas tun.

„Ein Leben ohne Kunststoffe ist nicht mehr möglich. Aber wenn wir auf Plastik dort verzichten, wo es überflüssig ist, kann sich die Forschung darauf konzentrieren, den Umgang mit Kunststoffen an den wirklich wichtigen Stellen umweltverträglicher zu gestalten.“ Indra Starke-Ottich

Indra Starke-Ottich: Mein Weg aus der Plastikfalle. Wie sich Kunststoffe im Alltag vermeiden lassen, oekom verlag - 216 Seiten, Softcover, ISBN 978-3-96238-240-7, 22,00 € (D). Auch als E-Book erhältlich.

Keine neuen Atomraketen in Europa!

Die „neue Friedensbewegung“ der frühen 1980er Jahre wandte sich gegen die Stationierung von US-amerikanischen Pershing II-Atomraketen und atomar bestückten Marschflugkörpern (Cruise Missiles) in Westeuropa und speziell in der Bundesrepublik. Mitteleuropa drohte damit aus Sicht der Friedensbewegung zu einem atomaren Schlachtfeld zu werden. Die NATO sah ihre „Nachrüstung“ als Reaktion auf die Modernisierung atomarer SS-20-Raketen der Sowjetunion. Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) wird die Initiative für den am 12. Dezember 1979 gefassten „NATO-Doppelbeschluss“ zugeschrieben. Darin wurde einerseits die Stationierung von mit atomaren Sprengköpfen versehenen Mittelstreckenraketen initiiert, andererseits die Sowjetunion zu Abrüstungsverhandlungen aufgefordert. Nachdem die eingeleiteten Verhandlungen 1982 gescheitert waren, stimmte der Bundestag mit Mehrheit im November 1983 der Stationierung zu, die ab dem Folgemonat vollzogen wurde, jedoch zu. Ab Dezember 1983 wurden die neuen Atomraketen aufgestellt. 1987 allerdings kam es zum INF-Vertrag zwischen USA und SU über die Abrüstung all

ihrer atomar bestückbaren, landgestützten Raketen mit Reichweiten von 500 bis 5500 km.

Den Auftakt zur „neuen Friedensbewegung“ bildete in Westdeutschland der „Krefelder Appell“ vom November 1980. Unter der Überschrift: *Der Atomtod bedroht uns alle – keine neuen Atomraketen in Europa!* Wurde die Bundesregierung aufgefordert, *„die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen [und] im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrennens sein zu wollen.“*

In Celle gründete sich im Verlauf des ersten Halbjahrs 1981 ein Bündnis, das sich den Namen „Celler Friedensinitiative“ (CFI) gab. Hier versammelten sich Delegierte unterschiedlicher Parteien und Initiativen, die sich regelmäßig montags im damals an der Fuhrberger Straße befindlichen DGB-Haus trafen.

Konfliktfrei konnte das nicht sein. Schon der „Krefelder Appell“ stieß nicht bei allen auf Gegenliebe. Die Vertreterinnen aus Anti-AKW- und Frauenbewegung sahen die Sowjetunion durchaus nicht als die Friedensmacht, als die sie DKP und VVN gern präsentierten. Schließlich hatte die SU im Dezember 1979 in Afghanistan interveniert und 1981 die polnische Regierung auf Drängen der SU das Kriegsrecht verhängt und die freie Gewerkschaft Solidarność zerschlagen. Der „Krefelder Appell“, in dem die SS-20 aber keine Erwähnung gefunden hatte, entfaltete trotzdem eine große Wirkung: Schon nach sechs Monaten hatten rund 800.000 Menschen den Appell unterschrieben, bis 1983 sogar über vier Millionen.

Zur ersten bundesweiten Demonstration der neuen Friedensbewegung in Bonn am 10. Oktober 1981 kamen über 300.000 Teilnehmer*innen – aus Celle waren drei Busse in die damalige Bundeshauptstadt gefahren.

Auf lokaler Ebene war das erste größere gemeinsame Projekt der CFI eine sogenannte „Friedenswoche“, die in der letzten Novemberwoche im „Haus der Jugend“ (zuletzt „bell mundo“) stattfand. Die Alternativzeitschrift „Celler Zündel“ zog folgendes Fazit:

„Die Veranstaltungen im Rahmen der Friedenswoche wurden von über 2000 Menschen besucht. Allein jeden Vormittag kamen jeweils 150 Schüler zu den Ausstellungen und Filmvorführungen im Haus der Jugend. Und das trotz diverser Schikanen, die von den Direktoren einiger Celler Schulen kamen. 200 Besucher am Donnerstag beim Stück zur Kriegsdienstverweigerung“Ene-me-





ne-muh und weg bist du!“ am Freitag ein gerammelt volles Bistro [Kneipe in der Emigrantenstraße] bei dem Kabarett „Quengelmeyer & Co“. Am Schlußtag der Celler Friedenswoche demonstrierten dann noch 600 (!!!) Celler gegen die Kriegsgefahr. Praktisch alle fortschrittlichen Organisationen, Gruppen und Initiativen hatten zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgerufen. Mit Dutzenden Transparenten, phantasievollen Umhängeschildern und kämpferischen Parolen ging es vom Haus der Jugend über die Mühlenstraße, Westceller Torstraße durch die Innenstadt zum Großen Plan.“

Auf der Kundgebung sprachen Ursel Meyer für die Celler Frauengruppe, Karl-Bertil Schwabe, Vorsitzender des Unterbezirks der SPD, die Telefunken-Betriebsrätin Ute Winterhoff und Pastor Dr. Rainer Gehring für die Aktion Sühnezeichen.

Zur Demonstration selbst hatte es zwei Aufrufe gegeben, die den eingangs angedeuteten Konflikt spiegelten. Im alternativen Aufruf, der von den gerade entstandenen Grünen, der Anti-AKW-BI, Frauengruppe, AK 3. Welt, und einer Jugendzentrumsinitiative namens AJA unterstützt wurde, wurde u.a. gefordert. „Abbau der SS-20-Basen in Osteuropa! Keine Wehrpflicht für Frauen! Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer!“

Dass mit Carl-Bertil Schwabe ein Vertreter jener Partei reden durfte, die maßgeblich für den NATO-Doppelbeschluss verantwortlich war, reden durfte, hat folgen-

den Hintergrund: Einerseits war die Partei in der Frage der Stationierung von US-Atomraketen gespalten und im Unterbezirk Celle gab es wohl eine Beschlusslage, die über eine Art Moratorium die Verhandlungsseite des Doppelbeschlusses stärken wollte. Andererseits war der Friedensbewegung selbstverständlich daran gelegen, Risse in der Regierungspartei zu vertiefen. - Im August 1983 beschloss der OV der Celler SPD dann: „Nein zum Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses. Eine Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa darf nicht stattfinden.“ (Aber da war Schmidt schon nicht mehr Kanzler, im Oktober 1982 hatte ihn Helmut Kohl abgelöst, der bei der Bundestagswahl im März 1983 dann die absolute Mehrheit der Bundestagsmandate für die CDU/CSU gewann.)

Die Angst vor einem möglichen Atomkrieg in Europa ergriff seinerzeit große Teile der Bevölkerung. So entstanden neben den in der CFI vertretenen Gruppen in den Folgemonaten diverse kleine Friedensinitiativen aus dem eher bürgerlichen und christlichen Spektrum: Arbeitsgruppe Frieden, Arbeitsgruppe für Frieden und Gerechtigkeit, Celler Bürger für den Frieden, Friedens- und Gesprächskreis der ev.-freikirchlichen Gemeinden, Friedensgruppe in der Stadtkirche sowie Initiativen in Eldingen, Hermannsburg und Lachendorf.

Aus diesem Milieu heraus entstanden Aktionsformen wie öffentliche „Schweigekreise für den Frieden“ (siehe Foto unten) oder auch „Menschenkettens für den Frieden“. In die Celler Öffentlichkeit wirkten sie daneben mit großformatigen Anzeigen in der Celleschen Zeitung, die namentlich von bis zu hundert Menschen unterzeichnet und bezahlt wurden.

Die undogmatische Linke dehnte ihr Aktionsfeld antimilitaristisch aus. Ein Angriffspunkt war im Mai 1982 die Demonstration gegen die Militärelektronikmesse I.D.E.E. in Hannover, auf der die Teilnehmer*innen auf eine äußerst aggressive Polizei trafen

Und dass die Friedensbewegung vor Ort keine Mehrheit repräsentierte, zeigte sich bei einem Großen Zapfenstreik zum 25-jährigen Bestehen des Bundeswehrstandorts im TuS-Stadion, wozu sich 7000 Menschen einfanden. Dass die Sparkassen-Zweigstellen in der Bahnhofs-



traße und am Lauensteinplatz am Folgetag die Glaser bestellen mussten, war eher ein Ausdruck der Ohnmacht.

Die CFI hatte im April 1982 im Rahmen der Ostermarschaktionen zu einer „Fahrraddemo für den Frieden, gegen Aufrüstungswahnsinn“ aufgerufen, an der sich auch angesichts des schlechten Wetters gerade mal 50 Leute beteiligten.

Deshalb war aus Celler Perspektive die Teilnehmer*innenzahl der Kundgebung am 10. Juni 1982 auf den Bonner Rheinwiesen eine Überraschung: 500.000 Menschen protestieren dort unter dem Motto „Aufstehn! Für den Frieden“:

Die Celler Friedenswoche Anfang November 1982 wurde unter der Schirmherrschaft des HBV-Gewerkschaftssekretärs (und SPD-Ratsmitglieds) Franz-Dieter Fuchs erneut für das Haus der Jugend angemeldet. Aber 48 Stunden vor Beginn verbot der Verwaltungsausschuss des Rates der Stadt Celle in einer Sondersitzung die Nutzung des städtischen Veranstaltungsgebäudes. Begründung: Es würden sich „zumindest teilweise verfassungsfeindliche Gruppen“ beteiligen. Gemeint waren vier der 12 veranstaltenden Organisationen: DKP, VVN, SDAJ und DFG/VK. Neben den CDU und FDP-Vertretern stimmte auch ein SPD-Vertreter dem Verbot zu, einer enthielt sich und nur Franz-Dieter Fuchs stimmte dagegen. Nachdem daraufhin die Jusos nur für ihre Veranstaltungen eine Genehmigung für das Haus der Jugend beantragten, wurde ihnen diese ebenfalls verwehrt.

Einige Veranstaltungen der Friedenswoche fanden dann in Räumen des DGB und der „Schmiede“, einem kleinen alternativen Treffpunkt statt. Die antikommunistische Propaganda führte nicht zu einer Trotzreaktion. Die Teilnehmer*innen-Zahlen der abschließenden De-

monstration waren gegenüber dem Vorjahr gesunken, es beteiligten sich noch gut 400 Menschen. Auf der Kundgebung sprachen: Rainer Gehring (Aktion Sühnezeichen), Erika Lotzing (Betriebsrätin Telefunken), Irmgard Tiemann (DGB Landessekretärin).

Nach der für die CDU/CSU erfolgreichen Bundestagswahl im März 1983 gab es kaum noch politische Chancen zur Verhinderung der Stationierung der NATO-Atomraketen in Deutschland, auch wenn die Friedensbewegung mit den GRÜNEN eine Repräsentanz im Bundestag hatte. Die Friedensbewegung bereitete sich deshalb mit einer Regionalisierung auf die Stationierung vor. In Norddeutschland geriet deshalb der Umschlagplatz für US-Militärmaterial in Bremen/Nordenham in den Fokus. Hier fanden Mitte Oktober Blockadeaktionen und eine Demonstration statt, zu der aus Celle aber kaum mobilisiert wurde. Im Celler Zündel berichtet Rudi Friedrich etwas resignativ, da die Blockade nicht erfolgreich und auch das Bezugsgruppenkonzept nicht aufgegangen war (Friedrich ist seit langem Geschäftsführer von Connection, einem Verein zur Unterstützung von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern, der 1996 den Aachener Friedenspreis erhielt).

Die CFI wollte vom 16.-21.10. wieder eine Friedenswoche durchführen. Das Programm zeigt, dass sich das Spektrum der beteiligten Gruppen sehr verengt hatte: Nur noch Jusos, DKP, VVN, GEW und der SPD-nahe kurdische Arbeiterverein KKDK gehörten zu den Anbietern von Veranstaltungen. Stattfinden sollten die Veranstaltungen und Ausstellungen in der Theologischen Akademie an der Berlinstraße in Klein-Hehlen.

Und dann hieß es: „Same procedure as every year.“ Dieses Mal erhielt die CFI 24 Stunden vor Beginn eine Absage der Räumlichkeiten. Die Initiative dazu ging vom Kirchenkreisvorstand aus, dessen „Bitte“ der Rektor der Theologischen Akademie, Rolf Heuer, zunächst nicht nachkommen wollte. Dann aber bekam er eine Weisung durch das Kuratorium der Theologischen Akademie in der Landeskirche. Die Veranstaltungen fanden dann im „Le Bistro“ statt.

Während die Celler Friedensbewegung sich fraktioniert hatte, erlebten die sogenannten „Volksversammlungen für den Frieden“ am 22. Oktober 1983 bundesweit einen enormen Zulauf. Insgesamt rund 1,3 Millionen Menschen gingen in Hamburg, Berlin, Stuttgart und Bonn gegen den Nato-Doppelbeschluss auf die Straße.

Am 10. Dezember 1983 wurden die ersten Cruise Missiles im Hunsrück aufgestellt.

Im Februar 1984 machte der schon erwähnte Rudi Friedrich für die DFG/VK einen regionalen Aktionsvorschlag: die Blockade eines im Bau befindlichen Munitionsdepots in Winsen/Walle. Doch anscheinend fanden sich hierfür nicht genügend Mitstreiter.

Im Rahmen der Ostermarsch-Aktionen fand am 21.



Menschenkette um die Stadtkirche

April 1984 in Celle eine Fahrraddemonstration mit anschließender Friedensmahnwache und Menschenkette um die Stadtkirche statt, an der sich rund 300 Menschen beteiligten.

Im Oktober fand erneut eine Friedenswoche an unterschiedlichen Orten statt – und zu Ostern 1986 auch noch einmal eine Ostermarschdemonstration. Ihren Höhepunkt aber hatte die Friedensbewegung hier überschritten.

Aus Sicht der autonomen Linken hatte sie in Celle auch einen fragwürdigen Kurs eingeschlagen. Zur 1986er Ostermarschdemonstration titelte der Celler Zündel: „Frieden, Freude, Eierkuchen“, und kommentierte:

„Keine Sprechchöre, keine gerufenen Parolen durchdrangen den schweigenden Zug, der sich fast im Heer der Einkaufenden verlor. Auch eine Kundgebung wurde nicht abgehalten; als ob es nichts zu sagen gäbe. Bestimmt wird dieser stille Protest von den verschiedenen christlichen Gruppierungen, die in der CFI mitarbeiten. Nachdem diese bei dem Ostermarsch'84 zu viele rote Fahnen zu erblicken meinten, wurde für 1985 beschlossen: keine Fahnen, Transparente nur, wenn die Buchstaben der Gruppennamen nicht größer als die der Parolen sind. Zudem wurde eine „Parolenkommission“ gegründet, die die 'richtigen' Parolen auswählt. Dieses Jahr wurde dem noch eins draufgesetzt, durch den Beschluß, keine Sprechchöre verlauten zu lassen. Mehr Auflagen kann sich auch die Polizei nicht ausdenken. [...] Auch dieses Jahr ein großer Sieg der Harmoniebewegung?“

1985 bot der neue Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), Michail Gorbatschow, dem US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan bei einem Gipfeltreffen in Rey-

kjavik Abrüstungsverhandlungen an, die 1987 tatsächlich zum Erfolg führten: Im Dezember 1987 unterzeichneten Reagan und Gorbatschow den INF-Vertrag zum weltweiten Abbau aller ihrer atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen und der zugehörigen Trägersysteme.

Danach rückte die Atomkriegsuhr der Zeitschrift Bulletin of the Atomic Scientists um drei Minuten nach hinten auf 11:54:00. Die doomsday clock soll verdeutlichen, wie groß das Risiko einer globalen Katastrophe ist. Heute steht die Uhr auf 11:58:20.

50 Jahre Jugendbewegung(en) in der Provinz

Das Bunte Haus hat sich dieses Jahr mit einem Projekt bei „Demokratie leben!“ beworben und den Zuschlag bekommen. Worum geht es?

In einer sechsteiligen Veranstaltungsreihe zwischen April und September 2021 soll mit Vorträgen und Zeitzeug*innen über jugenddominierte Bewegungen seit 1970 in Celle (jeweils exemplarisch) informiert werden. Die Leitfragen (insbesondere an die Zeitzeug*innen) sollen sein, welche Erfahrungen sie mit dem zivilgesellschaftlich-demokratischen Engagement in ihrer Jugend gemacht haben und - weitergehend - welchen Einfluss dies auf ihre Biografien hatte.

Für dieses Projekt werden ab sofort Zeitzeug*innen gesucht, die sich bitte melden über

buha-archiv@t-online.de

Nützlich wäre auch, wenn Leute Materialien aus ihrer jeweiligen Aktivist*innen-Phase (Fotos, Flugblätter, Plakate etc) zur Verfügung stellen könnten.



Ostermarsch 1985

Im Wald und auf der Heide #31

Eigentlich sollte die Skulptur „Der Strom“ des niederländischen Künstlers Herbert Nouwens, die im Rahmen der „Celler Skulpturenwoche“ eigens für diesen Platz geschaffen wurde, für ein Jahr lang im Celler Hafen kostenlos aufgestellt bleiben, und in dieser Zeit sollten Sponsoren gefunden werden, die es der Stadt Celle ermöglichen, die Skulptur zu erwerben. Dieses Vorhaben ist nun gescheitert.

Über den Ankauf der Skulptur, anfangs vom Künstler Nouwens mit EUR 100.000,- veranschlagt, der sich letztendlich aber auch mit EUR 30.000,- zufrieden gegeben hätte, konnte keine Einigung erzielt werden. So wird sie wieder abgebaut.

Sehr sehr schade, denn diese Arbeit von Nouwens ist genau für diesen Platz am Celler Hafen geschaffen worden und lässt sich auch nicht beliebig anderswo unterbringen. Und nochmal schade, da diese Skulptur das Ansteuerungsfeuer für die Stadt Celle hätte werden können und wenn man so will, mit ihr jetzt auch ein Sehnsuchtsort, ein Ausgangspunkt verschwindet, von dem aus sich mit einem Schiff die Welt erkunden ließe: Die Aller flussabwärts, über die Weser in die Nordsee bis hin nach New York, frühstücken bei Tiffany und anschließend ins Museum of Modern Art.

Da nun aber die Aller in absehbarer Zeit ihren Status als Bundeswasserstraße verliert, in der Folge auch nichts mehr für den Erhalt der vier Schleusen getan werden wird, so dass Celle der Wasserweg aus dem Landkreis hinaus in die weite Welt irreversibel abgeschnitten bleibt: Der Hafen mutiert zu einem besseren, schick betonierten Feuerlöschteich. Jetzt ließe sich vielleicht, anstelle der Nouwens-Skulptur, über einen goldenen SUV auf einem Betonsockel mit Schotter drumherum nachdenken.

Dafür fände sich bestimmt auch ein Sponsor.

„Der Strom“, Herbert Nouwens, 2018



Zu diesen beiden Fotos postete der OB folgenden Text:

„Stippvisite an der Hafestraße. Herzlichen Dank an alle Beteiligten für diese eindrucksvollen Fortschritte!“

Okay - in Afghanistan oder Syrien sieht's schlimmer aus.

Kultugesichter Celle

Zum Plakat auf der Rückseite

Die Aktion #ohneunsistsstill ist eine deutschlandweite Initiative der Kultur- und Veranstaltungsbranche. Hier geht es speziell um die Celler Kulturschaffenden. Wir sind Celles Kultugesichter. [...]

Diejenigen von uns, die ihren Lebensunterhalt im Kulturbetrieb bestreiten, sind besonders getroffen und stehen oft vor einer existenziellen Bedrohung. Darum möchten wir hier gemeinsam dafür einstehen, den gesellschaftlichen Wert der Kultur- und Veranstaltungsbranche sichtbar zu machen und besonders die Kunst- und Kulturschaffenden zu schützen, die durch die Krise in existenzielle Not geraten sind. Wir wollen Aufmerksamkeit für alle Kollegen, die beruflich – und finanziell – unter der COVID 19-Krise und dem daraus resultierenden Veranstaltungsverbot leiden. [...]

Wir machen uns Sorgen um den Fortbestand der Kultur und der Kunst – nicht nur, aber auch in unserer Region. Wir brauchen Planungssicherheit für unsere Arbeit – und wir brauchen langfristige Strategien für Pandemien. Wir haben gute Konzepte zum Umgang mit dem Corona-Virus. Wir wollen gesehen und gehört werden, denn #ohneunsistsstill.

<https://kultugesichtercelle.de/>

Online-Veranstaltungen im Februar und März

"Irgendwo muss das Zeug ja hin!" - Wieviel Atommüll gibt es weltweit? Was passiert damit?

Mi., 03. Febr. 2021, 17.30 – 20.00 Uhr

Veranstalter/in Landesstiftung Niedersachsen (Leben & Umwelt)

Diese Veranstaltung bildet den Auftakt zu einer Konferenz-Serie der Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen zum Thema Atommüll und seiner Endlagerung. Wir werden Gelegenheit bekommen, den Welt-Atommüll-Bericht in seinen Grundaussagen kennen und Deutschlands Situation im europäischen Vergleich einschätzen zu lernen.

Aktivist*innen, Politiker*innen sowie Mitautor*innen des Berichts werden zu Wort kommen, um eine Einschätzung zu geben, wo Deutschland heute steht und welcher Weg vor uns liegt. Neben Kleingruppen wird es kurze Inputs von verschiedenen Expert*innen geben, z.B. aus den neu gegründeten Behörden, Initiativen, Netzwerken.

Ziel der Veranstaltungsserie ist es, generationenübergreifend Interesse für ein Thema zu wecken, das bisher ein bisschen zu viel unter dem Radar geflogen ist, doch mehr Verantwortungsbereitschaft nicht nur in der Politik, sondern auch in der Zivilgesellschaft und in den Medien braucht.

Unter anderem mit:

Rebecca Harms (Wendland), Initiatorin des World Nuclear Waste Report (WNWR), Marcos Buser (Schweiz), Geologe, Sozialwissenschaftler und Autor des WNWR. Ben Wealer, wiss. Mitarbeiter der Arbeitsgruppe für Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik an der TU Berlin und Gastwissenschaftler am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin

Moderation: Dr. Christine Schwarz (Hannover), Soziologin

Der deutsche Weltatommüll-Bericht kann hier heruntergeladen werden: <https://www.boell.de/de/2020/09/28/deutscheausgabe-des-ersten-world-nuclear-waste-report-2019>

Eine Veranstaltung der Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen in Kooperation mit JANUN und der BUNDjugend Niedersachsen (AK Energie).

Anmeldung per Mail an: anmeldung@slu-boell.de

Die NATO, Osteuropa und die Rolle der Bundeswehr

Mi., 10. Febr. 2021, 19.00 – 21.00 Uhr

Mit Martin Kirsch (Informationsstelle Militarisierung e.V.)

Livestream unter: <https://www.facebook.com/rosalux.sachsen/live> (man benötigt keinen FB-Account, um zuschauen zu können)

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Nach über einem Jahrzehnt der Fokussierung auf den globalen Krieg gegen den Terror wendet sich die NATO seit 2014 wieder verstärkt in Richtung Osteuropa. Laut den Gipfel-Beschlüssen von Wales (2014), Warschau (2016) und Brüssel (2018) soll die NATO in Europa wieder auf eine verstärkte Konfrontation mit Russland vorbereitet werden. Die Erhöhung der Truppenpräsenz zwischen Baltikum und Schwarzem Meer und schnell mobilisierbare Eingreiftruppen in Europa sind nur Teile der Aufrüstungsbestrebungen, die maßgeblich auf Vorschläge aus Berlin zurückgehen. Neben den Plänen der NATO soll in diesem Vortrag daher auch die Rolle der Bundesregierung der Bundeswehr thematisiert werden.

Demokratie braucht Feminismus! – Antifeminismus online entgegentreten

Do., 04. März 2021, 18.00 – 20.00 Uhr

Veranstalter/in: GreenCampus

Trainer/in: Laura Sasse / Timm Köhler

Angriffe auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und feministische Errungenschaften rücken auch online verstärkt in unser Blickfeld. Diskussionen um die Einführung der Ehe für alle oder die #metoo-Debatte zeigen dies auf. Gerade in den sozialen Medien wird deutlich, wie wichtig es ist, Haltung zu zeigen, antifeministischen Argumentationen entgegenzutreten und geschlechter-demokratische Positionen sichtbar zu machen.

Das zweistündige Online-Seminar bietet dabei einen Einstieg in die Thematik. Was ist Antifeminismus überhaupt und wie können wir ihn online erkennen? Welche Strategien gibt es, um auf antifeministische Aussagen zu reagieren?

Weitere Termine: 22. Apr. 2021, 15. Juni 2021

Mehr unter
<https://www.rosalux.de/veranstaltungen>
<https://calendar.boell.de/>
<https://www.fes.de/veranstaltungen>

DAS SIND
CELLES
KULTUR-
GESICHTER



OHNE UNS IST'S STILL

GESICHT ZEIGEN FÜR DIE KULTURSZENE IN CELLE
WWW.KULTURGESICHTERCELLE.DE



K
U
L
T
U
R
G
E
S
I
C
H
T
E
R
C
E
L
L
E